

Ersteinst Klage
 enthält mit Ausnahme
 der Genuß- und Biersteuern.

Monumentalpreis
 monatlich 60 Pfg.
 vierteljährlich 1.70 Mk.
 pränumer. frei ins Haus.
 Durch die Post werden
 1.00 Mk. exkl. Postgeb.

„Die Neue Welt“
 (Herausgeber: W. G. G.)
 durch die Post nicht befr.
 bet. heißt monatlich 10 Pfg.
 vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
 Verlag: Halle a. S.
 Verlagsbuchhandlung: Halle a. S.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Inschriftengebühr
 beträgt für die 6 gelassenen
 Zeilen oder deren Raum
 20 Pfennig.

Insätze
 für die fällige Nummer
 müssen spätestens die vor-
 mittags bis 10 Uhr vor der
 Expedition eingegangen
 sein.

Einlagen für die
 Postzeitung.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Raumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der letzte Mahnruf!

Die zweite Lesung der „Wahlrechtsvorlage“ im Plenum des Dreiklassenhauses bestätigt den planmäßig organisierten Wahlrechtsbetrug.

Das einzige Ziel der Volksbetrüger ist nur noch, Komplizen für ihr Verbrechen zu gewinnen. Schon haben Konservative und Zentrum den ersten Schritt getan, um die Nationalliberalen einzufangen: sie haben am Sonnabend die Privilegierung der Abiturienten, der „Gebildeten“ beschlossen, die in Zukunft aus der dritten in die zweite Klasse geschoben werden. Dadurch wird die dritte Klasse völlig und rein proletarisch — die Klassenerspaltung also noch verschärft.

Privilegien für die „Gebildeten“ ist das Ziel der Nationalliberalen. Vielleicht werden sie durch weitere kleine Blockbroden für das Volksverbrechen dieser Wahlrechtsverschlechterung gefördert. Der Schacher wird in wahnsinniger Eile betrieben.

Am heutigen Montag wird die zweite Lesung beendet. Am Mittwoch, 16. März beginnt die dritte und letzte Lesung, die entweder am gleichen Tage, spätestens aber am Donnerstag, 17. März, beendet ist.

Nur am Dienstag, 15. März, bleibt dem zu prellenden Volke noch eine Stunde Zeit, um sein Urteil über diese Schmach abzugeben, zum letzten Male seine Forderungen zu formulieren und noch einmal den Ernst und die Entschlossenheit des Wahlrechtskampfes zu beweisen.

Das Volk muß die Dienstag-Verfassungen zu gewaltigen Demonstrationen für die Wahlrechtsgleichheit machen!

Die Verhandlungen im Klassenhaus.

Das preußische Dreiklassenhaus setzte am Sonnabend die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage fort. Zunächst hielt der leitende Staatsmann, nachdem gestern seine Einleitungsrede an der Beratung über diese für Preußen wohl wichtigste Gesetzesvorlage von den Rednern der Linken kritisiert war, es für an der Zeit, sich zu einer Rede zu erheben, die ebenso kurz wie inhaltslos war. Ganz unerwartet wurde Herr v. Bethmann Hollweg, daß die Regierung von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts wissen wolle. Das hat auch kein Mensch erwartet, sondern die Frage der Linken ging lediglich dahin, wie sich die Regierung zu den, die ursprüngliche Regierungsvorlage teilweise noch berücksichtigenden Kommissionsbeschlüssen stellt. Und dazu sagte Herr v. Bethmann Hollweg nichts, aber auch rein gar nichts. Obwohl der Gang der Verhandlungen im Plenum zeigt, daß der schwarz-blaue Block auch nicht die kleinste Konzession zu machen gewillt ist, sah der Ministerpräsident in diesen Beschlüssen immer noch nur ein Vorwürfs- und will seine endgültige Stellungnahme erst abhängig machen von der endgültigen Stellungnahme aller großen Parteien des Hauses. Das gilt natürlich auch für die Nationalliberalen ab, die noch am Freitag den Abend sehr voll genommen haben und sogar noch am Sonnabend durch den Abg. Schiffer eine stellenweise recht empfindliche Polemik gegen die Schwarzen und Blauen halten ließen. Der fernere Verlauf der Debatte aber zeigte, was von den schönen Reden dieser Partei zu halten ist, daß sie bereit ist, die Hand des Herrn v. Bethmann zu ergreifen, auch wenn die Hand leer ist. Die Beratung nahm ihren Ausgang von dem § 6, den Zentrum und Konservative in der Kommission insofern auf die Bedürfnisse des platten Landes zugeschnitten haben, als sie die Stimmbezirke um die Hälfte verkleinerten. Damit ist auch der Kreis, aus dem die Wahlmänner genommen werden müssen, ein sehr kleiner, und es ist auf dem Lande unserer Partei so gut wie unmöglich gemacht, einen Wahlmann, der nachher öffentlich wählen muß, ausfindig zu machen. Die Nationalliberalen verlangten die relativ bessere Bestimmung der Regierungsvorlage wieder herzustellen, hatten jedoch damit kein Glück. Mit 3/5 Mehrheit, über die, Dank des eternen Dreiklassenwahlrechts, Konservative und Zentrum verfügten, wurde der Antrag abgelehnt und somit auch weiterhin dem Terror der Großgrundbesitzer auf dem Lande, und damit einer unerhörten Verengung der Wähler, Tür und Tor geöffnet.

„Ärgerung“ nun vorbei sei. Nur die fortschrittliche Volkspartei, für die Dr. Bachmann sprach, blieb fest in der Ablehnung jeder Reform, die nicht die direkte und geheime Wahl bringt. Durch einen brutalen Schlussantrag verhinderte man unsere Partei, von ihrem Standpunkt aus die Volkseindlichkeit der Kommissionsbeschlüsse zu diesem Paragraphen hinzuzulegen. Der nationalliberale Versuch, die Drittelung in den Umwohnbezirken zu beseitigen und die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorzunehmen, wurde abgelehnt, aber nur deshalb, weil das Bestehen des Zentrums im Westen gefährdet würde. Gleichfalls abgelehnt wurde ein nationalliberaler Antrag, die sogenannten Viererpartei in Rummelsberg zu verwandeln. Hier mußte wiederum das Zentrum den konservativen Bedenken trauen. Genosse Vorkmann nahm hierbei Gelegenheit, die Zentrumspartei auf die vollkommene Schwere ihrer Partei hinzuweisen. Die Beratung geht bis zu den von der Kommission geforderten Paragraphen über die Privilegierung, die vom Plenum bestätigt wurde. Auf Grund eines konservativen Antrages wurde nur den Wählern ein erhöhtes Wahlrecht eingeräumt, die zwölf Jahre lang das „Reiseergebnis“ haben. Auch hier schritt man unserer Partei brutal das Wort ab, die diese Ungerechtigkeit nachweisen und das Zentrum auch hier als den Stützpunkt der Konservativen brandmarken wollte.

Neue Bildungsprivilegien!

Das Zentrum fährt fort, bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage Schändlichkeit auf Schändlichkeit zu häufen. Es stimmt nicht nur für die Beibehaltung des Klassenstufens, nicht nur für das indirekte Wahlrecht, sondern sogar auch für neue Privilegierungen. Mit feiner Hilfe ist am Sonnabend eine Bestimmung angenommen worden, durch die den Besitzern von Abiturientenangehörigen neue Vorrechte eingeräumt werden. Wer ein Abiturientenexamen gemacht hat, der soll am letzten Freitag erklärt hat, handelt die Zentrumspartei ganz konsequent. Statt die alten Privilegienmauern niederzureißen, hilft es neue errichten. Was aber werden die christlichen Arbeiter dazu sagen?

Barthler, Welser, Behner, Giesderris, Gronowski, Imbusch, Sauermann. So heißen die sieben Zentrumsgewählten, die am Freitag bei der Abstimmung über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht den Vorkämpfer ihrer Partei nicht mitmachten. An dem genannten Abgeordneten mit den Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen gegen ihre eigene Fraktion stimmten, sind sie zu unwiderleglichen Zeugen für die Schuld des Zentrums zu werden.

Wer was gebeten die sieben Dissidenten des Zentrums weiter zu tun? Sollten sie am Ende glauben, sie hätten sich durch ihre Abstimmung am 11. März weniger gedehnt und sie dürften jetzt das alte Spiel ruhig weiter treiben, so befinden sie sich doch in einem starken Irrtum. Eine Abstimmung, wie jene vom 11. März, hat ihre Konsequenzen, werden diese nicht von den Abgeordneten selbst gezogen, so werden die Arbeiter sie ziehen müssen.

Am 11. März hat das Zentrum mit den Junkern und gegen seine eigenen Arbeiterabgeordneten das gleiche und direkte Wahlrecht niedergestimmt. Wollten angedacht dieser Lausache die Arbeiterabgeordneten weiter im Dienste der Zentrumspartei bleiben und die Fäden dieser Partei zu deden versuchen,

dann würden sie damit anders handeln, als sie denken und müßten der allgemeinen Verachtung verfallen. Sie würden als getreue Knapen einer Partei, die der ihren Augen die Rechte des Volkes mit Füßen trat, verächtlicher sein als diese Partei selbst. Was die Herren Barthler, Welser, Behner, Giesderris, Gronowski, Imbusch und Sauermann getan haben, das genügt wohl, um das Zentrum zu verurteilen, nicht aber um sie selber zu rechtfertigen.

Die Herren werden noch zu beweisen haben, daß sie nicht bloß gegen ihre Partei gestimmt haben, um sich ein Äußeres zu schaffen, sondern daß sie wirklich bereit sind, Arbeiterinteressen zu vertreten und auch gegen den Volksverrat ihrer eigenen Partei. Dazu sind sie als die ersten verpflichtet, weil sie die nächsten dazu sind! Verfügen sie diese Pflicht, so zeigen sie, daß ihre Abstimmung weiter nichts als ein auf Täuschung der Wähler berechnetes künftiges Manöver gewesen ist, daß sie mit tragen an der Schuld ihrer Partei und daß ihnen bloß der Mut fehlt, sie auch mit zu verantworten.

Der Ernst der Situation.

Der Wortführer schreibt:
 Die Bewegung der Massen ist ein guter Beschleuniger und dem Junkerhohm ist zum ersten Male ein kleiner Dämpfer aufgeleitet worden. Der Ernst der Situation ist den übermühtigen Herren nach ihrem eigenen Willkürsinn plötzlich zum Bewußtsein gekommen und den Klügleren unter ihnen dämmert die Erkenntnis auf, daß auch die Tage ihrer Herrschaft gezählt sind. Der Spott und Hohn über die Chmndadt des Volkes ist ihnen vergangen und wenn sie auch entschlossen sind, das Werk der Entredung auszuführen, so hat sie die frohe Zuversicht längst verlassen, daß das Werk auch Dauer haben werde. Und deshalb hat die Herrschgewohnheit ihre Ruhe verlassen. Sie fühlen sich nicht mehr sicher und möchten gerne die Verantwortung für ihre Schandtaten von sich abwenden. Daher der Umwidder über die Nationalliberalen, der am zweiten Tage der Wahlrechtsdebatte wieder aus allen konservativen und Herikalischen Reihen hervorbrach.

Der Kerger der Konservativen ist freilich begrifflich. Sie wollen es nicht Wort haben, daß sie von Anfang an mit dem Zentrum einen Pakt eingegangen sind, um das geheime Wahlrecht durch das indirekte zu verdrängen. Das prinzipielle Bekenntnis zur öffentlichen Wahl ist für die Konservativen wichtig, weil diese alten Feinde des Reichstagswahlrechts immer noch den Gedanken hegen, auch das Reichstagswahlrecht zu verschlechten. Die Abweisung der geheimen Wahl scheint ihnen dazu das bequemste Mittel. Die Stimmung über den nationalliberalen Schandtag, der Herrn von Bethmann zwang, seine eigenen Leute bei der Abstimmung über die öffentliche Wahl abzumurmern, und die Verteuerungen, daß die konservativen Ueberzeugung das Festhalten an der öffentlichen Wahl gebiete, erweisen sich jetzt auch für den Dummsten offensichtlich als frecher Schwindel. Ebenso aber erweist sich die immer und immer wiederholte Behauptung des Zentrums, daß der Widerstand der Konservativen gegen das geheime Wahlrecht unbedingt gewesen sei, als offensichtliche Lüge.

Was für die politische Situation außerordentlich charakteristisch ist, war die ungewohnte Zurückhaltung, mit der die konservativen und Herikalischen Heber die nationalliberale Partei beherrschten. Die Reichstagswahl war nämlich aus den Händen der Junker verfallen und übrig blieb nur das Jückerrot. Identisch hat Herr v. Bethmann selbst und auch Herr Dr. Bethold die Nationalliberalen um ihre Mitarbeit gebittet. Zwar wollen die Konservativen den Nationalliberalen außer schönen Worten nichts bieten — das würde auch das Zentrum launig lassen —, aber von den Nationalliberalen sind die Konflikte

Waffen ta geübt, daß sie sich umsonst profilieren. Und die Nationalliberalen haben ja auch dies Ansehen keineswegs entzogen.

Es ist das Ziel und das Interesse der Konservern, durch den Beitritt der Nationalliberalen die Herrschaft des Schnapsbrotts ein wenig zu verfrachten. Aber für die Erziehung des Volkes ist es bereits zu spät. Denn die Debatte der letzten beiden Tage hat dem Volk für die absolute Diktatur des blauschwarzen Brotes zu zwingend erbracht, daß der Beitritt oder das Fernbleiben der Nationalliberalen für die Verteilung der politischen Situation völlig bedeutungslos geworden ist. Die Regierungserklärung zeigte die Unterwerfung der Regierung an, die wir allerdings nie bewußt hatten. Herr v. Bethmann erklärte nämlich, er behalte sich seine Stellungnahme vor, die Regierung vintuliere sich nicht. Das ist ja auch nicht nötig, die Regierung schon durch den Schnapsbrottsankultiviert, geteilt, worden ist. Im Wirklichkeit bedeutet es aber, daß Herr v. Bethmann das Wort des Schnapsbrotts gehoriam unter sich geben wird. Unschuldig ist er sich doch jetzt schon mit dem Ernst der Situation.

Dieser Ernst der Situation, der nichts anderes ist als die Angst vor der Massenbewegung, stellt eben ihnen allen in den Gliedern, der Regierung, den Konservern, dem Zentrum — nicht minder aber auch den Nationalliberalen. Daher die Friedfertigkeit, die plötzlich in die reaktionären Parteien gefahren ist. Wie drückend auch die Herrschaft des Brotes den Nationalliberalen ist, wie groß auch der Groll, so schände ausgehathet worden zu sein, so überlegen sie doch immerfort, ob sie nicht umfallen sollten. Nur die zweite Lesung ist vielleicht die Zeit zu kurz, aber zwischen zweiter und dritter Lesung werden immerhin einige Tage hingehen, in denen die Nationalliberalen dreimal verraten können, was sie heute bezennen.

Aber das mag den Nationalliberalen Schaden bringen, dem Schnapsbrotts wird es nicht mehr nützen. Das Schandstück ist gerichtet in den Augen der Massen und das bietet die Gewähr, daß die Herren die erste Ruhe nicht finden werden. Ihr Schandstück ist keine Reform, sondern nur eine in Verleumdung verpackte Verzögerung der Reform. Gerade deshalb aber bleibt der Ernst der Situation bestehen und seine tatsächlichen Auswirkungen und sein Zusammenstoß mit der Reaktionäre wird die Herren aus ihrer Wehrsamkeit reiten.

Worten zur Wahlrechtsdebatte.

Thobald „vintuliert“ sich nicht, Thobald v. Bethmann Vollrecht durch den er sich den Schein geistiger Herrenlegenheit zu geben versucht (oder, wie er es selbst ausdrücken würde, seine „intellektuelle Präponderanz dokumentiert“), besteht darin, daß er die einfachen Dinge, die wir im schlichten Deutsch sagen, durch eine geistreiche Beamtens- und Fremdsprache den gewöhnlichen Lesern unverständlich macht. Er ist auf sein Latein so stolz wie Herr v. Nitschows-Nitsch auf sein Französisch, und so kommt es, daß der Mann, der im Reichstag das schmerzregende Wort von den „Singularitäten“ (so heißen Eingefallenen) von sich gab, am Sonnabend das staatsrechtliche Befehnis ablegte: „Die Regierung vintuliert sich nicht.“ Auf Deutsch heißt das: „Ich sage gar nichts! Heubrand tut ja auch, was er will!“

Den Sozialdemokraten und den Freisinnigen sagte der Reichspräsident: „Die Antwort auf Ihre Frage ist sehr einfach. Das einseitige über das potentierte Wahlrechtswahlrecht, das Sie entziehen, werden wir Ihnen nicht gewähren.“ Die diesen Worten warf er den lebhaften Denkerlof trotzig zurück, und daß sich neuerlich nach beiden Seiten um. Aber es erfolgte weiter nichts. Er glaubte, die Rechte würde Weisfall heulen, die Linke geöhnte, er meinte, die Linke herauszufordern, die aber daß sich den Mann still an und dachte: „Was kann die, armer Teufel, geben?“

Einen Mann — oder mein — einen Reichspräsidenten wie diesen Herrn v. Bethmann findet man nicht wieder. Er ist eine Singularität.

Die Vernunft und die Nationalliberalen. „Die Vernunft“, sagte der Magdeburger Kammergerichtsrat Schiffer, „geht mit innerer Notwendigkeit ihren Weg, und sie geht über die indirekte Wahl und geht über die öffentliche Wahl hinweg, und wenn dem entgegengetrieben wird, wird ein Widerstand entstehen, der manches hinwegnehmen wird, was uns noch und wenig ist.“ — Gemeint ist damit die soziale und politische, und nicht die menschliche Vernunft, mit dem unangenehmen, wenn nicht jetzt dem Strom der Vernunft wenigstens die Dämme der

öffentlichen und indirekten Wahl preisgegeben werden. Möglicherweise kann aber Herr Schiffer auch die national liberale Partei gemeint haben, die trotz ihrer geschilderten tatsächlichen Schwäche hinweggenommen werden wird, wenn sie weiter in ihrem Widerstand gegen die grundsätzliche Forderung der Vernunft, die Forderung des gleichen Wahlrechts, verharren sollte. Denn das darf niemals vergessen werden: Die Zentrumsbetrachtung und die, unter der die Sache des Volkes jetzt so schwer zu leiden hat, ist nur dadurch möglich geworden, daß sich die Nationalliberalen der Forderung der Vernunft widersetzt und sich ausdrücklich für ein abgestuftes Wahlrecht erklärt haben.

Die Nationalliberalen werden sich daher auch nicht beklagen dürfen, wenn die Sozialdemokratie in den nächsten Reichstagswahlen gegen sie an die Vernunft der Wähler appellieren wird. Aber ein abgestuftes Wahlrecht, d. h. ein Klassen- und Privilegienwahlrecht im Staate wohl, kann kein scharfer Freund des gleichen Wahlrechts im Reich sein. Ist er es aber dennoch, so kenne ich nicht, wie er sich als ein so heillosen Konfessionar, daß ihm gegenüber es ist recht die größte Vorsicht am Platze ist. Die Vernunft wird auch über das Privilegienwahlrecht hinweggehen und über alle, die es zu verteidigen wagen.

Ruhhandel auf Wahlen. Auch die erfahrenden Parlamentsjournalisten wagen nicht zu unterscheiden, ob die große Auseinandersetzung zwischen Heubrand-Pappenheim einerseits und Friedberg-Schiffer andererseits ein Duell oder ein Ruhhandel gewesen ist. Schien es manchen Augenblick, als würden einander zwei Gegner gegenüber, die einander an die Kehle wollten, so glaubte man sich schon im nächsten Augenblick auf einen sprechenden Reichsamt versetzt, und ganz unvermittelt kam eine Stunde nach der Donnerrede des Schiffer — das biederere Angebot des Herrn Friedberg: „Ich geh, die uns Herr v. Heubrand entgegenstellt, ist noch leer.“

Herr v. Heubrand sprach übrigens wie ein Mann, dem der Anspruch über der Stirne steht, und sah dabei aus wie die Verkörperung des bösen Genies. Ganz anders als damals im Reichstage, als er sein königliches Siegel ohne Krone unter die schwarze Reichsanzugform drückte. Damals erschien er noch als ein Triumphtor, diesmal aber als ein Mann, der seinen Ruin vor Augen sieht und seine Gläubiger um einen Ausfuß bittet.

Trotz aller Ansehensdienste des Zentrums weh sich das Zentrum heute am Ende seines Latens. Es weiß, daß nach dieser schwarzen Wahlreform eine Volksbewegung kommt, die diese Herrschaft gerütteln wird, und darum sucht es jetzt in seiner Angst die rettende Hand der Nationalliberalen.

Die Politik des Ruhhandels auf Wahlen entspricht nicht dem in der Sonnabendrede so oft betonten Ernst der Situation. Die Nationalliberalen können sich vor dem Volke nur kompromittieren, wenn sie noch zwischen den Augenblicken zu schwachen versuchen. Vollends, wenn sie zu allererst nicht umfallen sollten, wofür trotz allem, was dagegen gesagt wird, immer noch manches Anzeichen spricht. Auch beim Volksschulunterrichtsgesetz wurden wilde Ideen gehalten, schließlich aber ging man zu Heubrand und Gerold in die Laube, oder — mit Schiffer zu sprechen — man geränderte mit ihnen gemeinsam „eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben und die Nationalliberalen nicht vor der Schlussstimmung der dritten Lesung.

Neue Straßendemonstrationen!

Bürgerliche und obere Wahlrechtsdemonstranten werden geschlossen!

In Berlin, in Breslau, in Frankfurt a. M. und andern Orten gegen am gefrigen Sonntag die dreifache Klassen der Wahlrechtskämpfer erneut auf die Straße. Die Polizei verbietet sich ansehnlich nur in Frankfurt vernünftig und besonnen, so daß dort die Ruhe und Disziplin der Wahlrechtskämpfer nicht getrübt wurde. In Berlin und Breslau hat jedoch der Polizeijob wieder gestochen und die Politistenhaft gegeben.

Ueber die Vorgänge in Berlin meldet Dircks Bureau: Nach dem Heubrand in der Burgstraße hatte die Demokratische Vereinigung eine Versammlung einberufen, von mehreren tausend Personen besucht war. Als Referent sprach Herr v. Gerlach. Am Schluß eine Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in welcher der unangenehme Kampf für das gleiche Wahlrecht verurteilt und

gegen das Verhalten der Polizei protestiert wird. Die Versammlungsteilnehmer verteilten unter anderem auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Heubrand und gegen auf Anordnung der Redner nach dem Friedberg-Pain. Alle Zugangsstrahlen zum Schloß waren abgeblockt. In der Versammlung wurde es zu einem Aufstande durch den Heubrand, die die Menge mit der blauen Masse auseinanderrückte. Verletzungen durch Stöße blieben nicht unbemerkt. Einige Personen sind verhaftet worden. Auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke kam es noch zu einem Zwischenfall, der ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Frau von Gerlach wurde ohne jede Veranlassung von zwei Schmeulchen von einem fahrenden Omnibus heruntergerissen und nach dem Polizeirevier gebracht. Herr von Gerlach war in einer Drohrede durch die Schmeulchenhände hindurchgegangen und belegte sie seine Gattin zum Polizeirevier. Vor dem Polizeirevier wurde er von einem Schmeulchen in den Rücken gestoßen. Ein anderer Herr, der von dem Schmeulchen als Feind anbot, erhielt von einem Wachmeister einen Stoß vor die Brust. Nach Vernehmung auf dem Polizeirevier wurde Herr von Gerlach und seine Gemahlin wieder entlassen. Gerlach erklärte, daß er Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen wird und dann den Rechtsweg beschreiten werde.

Soweit die bürgerliche Meinung. Diese Vorgänge sind bemerkenswert, da es bürgerliche, ja adelige Herren und Damen sind, die hier das System der preussischen Polizei an eigenen Leib kennen lernen. Wenn man Arbeiter so behandeln, so heißt es, die sozialdemokratische Presse lüge oder verzeihe. Jetzt sieht man, daß es bei den Ausschreitungen keine Unterschied gibt, das heißt, sofern man eben ein Arbeiter als Feind anbot, erhielt von einem Wachmeister einen Stoß vor die Brust. Nach Vernehmung auf dem Polizeirevier wurde Herr von Gerlach und seine Gemahlin wieder entlassen. Gerlach erklärte, daß er Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen wird und dann den Rechtsweg beschreiten werde.

Soweit die bürgerliche Meinung. Diese Vorgänge sind bemerkenswert, da es bürgerliche, ja adelige Herren und Damen sind, die hier das System der preussischen Polizei an eigenen Leib kennen lernen. Wenn man Arbeiter so behandeln, so heißt es, die sozialdemokratische Presse lüge oder verzeihe. Jetzt sieht man, daß es bei den Ausschreitungen keine Unterschied gibt, das heißt, sofern man eben ein Arbeiter als Feind anbot, erhielt von einem Wachmeister einen Stoß vor die Brust. Nach Vernehmung auf dem Polizeirevier wurde Herr von Gerlach und seine Gemahlin wieder entlassen. Gerlach erklärte, daß er Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen wird und dann den Rechtsweg beschreiten werde.

Soweit die bürgerliche Meinung. Diese Vorgänge sind bemerkenswert, da es bürgerliche, ja adelige Herren und Damen sind, die hier das System der preussischen Polizei an eigenen Leib kennen lernen. Wenn man Arbeiter so behandeln, so heißt es, die sozialdemokratische Presse lüge oder verzeihe. Jetzt sieht man, daß es bei den Ausschreitungen keine Unterschied gibt, das heißt, sofern man eben ein Arbeiter als Feind anbot, erhielt von einem Wachmeister einen Stoß vor die Brust. Nach Vernehmung auf dem Polizeirevier wurde Herr von Gerlach und seine Gemahlin wieder entlassen. Gerlach erklärte, daß er Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen wird und dann den Rechtsweg beschreiten werde.

Politische Ueberseht.

Halle a. S., 14. März 1910.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Sonnabend eine lange, im ganzen aber wenig anregende Sitzung ab, so daß wir uns mit diesem Stimmungsbild begnügen können. Die ersten Gegenstände der ersten Lesung Tagesordnung (Gothardvertrag, Rentensfonds, Rechnungsabw.) wurden debattiert oder so gut wie debattiert erledigt. Am 10. ausgiebiger waren die Erörterungen beim Etat der Reichseisenbahnen. Diese Reichseisenbahnen unterliegen nicht etwa dem Reichseisenbahnen, das eine beschlagene, recht maßvolle Verbote ist, sondern werden im Nebenamt von den preussischen Eisenbahnen verwaltet. Herr Breitenbacher, der die Mehrheit hat, und Herr v. Gerlach, der die Minderheit hat, haben die Eisenbahnen überaus reichlich verdient. Zugleich Bureaurat und Scharfmacher, verfolgt er alle selbständigen Arbeiterorganisationen mit seinem Haß, den er freilich im Reichstage immerhin nicht ganz so offen zur Schau zu tragen mag, wie im Dreiklassenhaus, wo ihm der jähliche Weisfall der Majorität sicher ist. Leider wagt auch der Sozialdemokratie keine Partei des Reichstages der Vorursprichter der eisenbahnrückenden Eisenbahnen entgegenzutreten. Auch die Reichseisenbahnen unter den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten sitzen vor der Ernennung des vollen Konstitutionsrechts an die Eisenbahnarbeiter und führen auf die Wahrheit der Behauptung Breitenbachers, daß ein Streikrecht der Eisenbahner die Sicherheit des Verkehrs gefährde. Was doch alles nicht der „Verkehr“ bedarf! Nur wenn irgendwelche getriebenen Säpfer Deutschland mit ihren Durchzügen beglücken, hört plötzlich alle Wärsch auf den Eisenbahnen. Die Reichseisenbahnen werden bei den Reichseisenbahnen als Reichseisenbahnen bezeichnet. Die ganze Breitenbacher wurde von unseren im Reichstage gewählten Genossen Emmel und Köhle

18) Warenka Diewell. (Nachdr. verb.)

Novelle von Maxim Gorki. Aus dem Russischen übertragen von Helene Schülfi.

Der Meiden fuhr gleichmäßig gegen den Strom, die Ufer stillen sanft vorüber und alles war beruhigend schön: klar, still, lustig. Oppolitz bildete in Warenlas Anstalt, das neuartig auf den dreizehntägigen Kuoreer gerichtet war, während dieser, regelmäßig mit den Meiden das höchste Maße bewegend, von seinen literarischen Verbindungen sprach. Sehr erfreut darüber, daß ihm ein studierender Herr zu gerne zuhörte, in Warlas Augen, die ihn unter den herabgehenden Wätern schon betrachteten, glänzte Liebe und Stolz.

„Ich mache mich nicht daraus, so lesen wie die Sonne unter dem aufsteig...“ und überlief über die Natur, das Auf- und Untergehen habe ich wohl tausendmal und mehr gesehen... Wälder und Hügel sind mir auch genügend bekannt; warum soll ich über sie noch viel lesen? Und das kommt in allen Wäldern vor... meiner Meinung nach, ganz überschlüßigerweise...“ Jedermann kann den Sonnenanfang verstehen... denn jeder hat doch in der Natur, die ich nicht verstehen... Denn in den Wäldern ist es immer... das muß einen dabei ärgern... dünn und schlaff... Warenka müßte diese Neben, scheint's, langweilig werden, sie summe mit halber Stimme vor sich hin und betrachtete die Ufer mit kumpfen Händen.

„Ach, was ist die nicht einer Weile, kommen Sie, Oppolitz...“ Sie erwiderte ihm, was er auf ihn durch den Wald gehen! Er sitzen vor und braten in der Sonne — ist das etwa ein Vergnügen? Gregor und Warlasa kamen bis zum Campiolo-feld fahren, dort anhalten, den See für uns zurückkommen und uns ermannen... Gregor fahre aus!... Ich esse und trinke schreidlich gern im Wald, in der Luft, der der Sonne... Man fühlt sich so föhlig gleichgültig frei.

Als sie aus dem Schiffe auf das sandige Ufer gesprungen war, sprach sie lebhaft: „Sehen Sie, kaum berührt man die Erde, so gibt's gleich etwas... um sich zu ärgern. Da habe ich meine Stiefel voll Sand... und dazu einen Fuß ganz nass gemacht...“ Schauerhaft!... Aber sehen Sie nur, wie schnell der Sand fäht!“

Der Fluß lag zu ihren Füßen und, aufgehört durch die Aude, sandte er leichte Wellen aus Ufer. Das Boot lag nie ein Weil zum Walde, hinter sich eine lange, in der Sonne wie Silber schimmernde Furche ziehend. Sie haben noch, wie Gregor lachend auf Warlasa bildte, die ihm darauf überweg mit der Hand zuwinkend.

„Das sind zwei Liebende,“ teilte ihm Warenka lächelnd mit; Warlasa hat schon bei Elisabeth Sergejewna um die Erlaubnis gebeten, Gregor heiraten zu dürfen. Doch sie hat ihre Einwilligung bis jetzt noch nicht erteilt; sie liebt bekehrteite Diensthilfen nicht, kein im Herbie ist Gregors Diensthermin zu Ende, dann wird er ihnen Warlasa zuführen... Sie sind beide vorläufige Menschen. Gregor hat mich gebeten, ihm ein Stückchen Land mit Abzahlung zu verkaufen... oder auf lange Jahre zu verpachten... zehn Morgen möchte er haben. Doch ich kann es nicht tun, so lange Papa lebt, und das ist schade... Ich weiß, er würde mir alles bezahlen und sehr vintuliert... Ich ist nämlich sehr vintuliert... ist sonach Schiffer wie Schmidt, und dabei dient er als Richter. Kotowitsch, ein hoher Gerichtsbeamter und Bewerber von mir, sagt von ihm: „Dieser Mensch ist eine gefährliche Bestie — er verbezt die Dbrigkeit nicht!“

„Wer ist dieser Kotowitsch? Ein Pole?“ fragte Oppolitz, sich über die Irritierenden Griminalen amüsierten.

„Er ist eine Frate, ein Schewal —“ weh ich nicht? Er hat eine schredlich lange und dicke Zunge, die sich nicht ordentlich im Munde hinlegt und ihm beim Sprechen hinderlich ist...“

„Was! Was für ein Schewal?“

Eine Wasserfüße, bebend mit grünem Schlamme und umgeben von einem Ranke festigen Schmutzes, verlegte ihnen den Weg.

Oppolitz fuhr auf seine Füße und sprach: „Da muß man auf der Seite herumgehen.“

„Also wollen Sie nicht hinüberbringen? Ich hatte gedacht, die Wäse wäre schon aufgetrocknet...“ rief Warenka, ärgert mit dem Fuß hangte sie schon renstet der Hüfte und schmeißte mit... und ich ist ein schlechter Weg... Verstanden. Sie doch hinüberzupringen! Das geht ganz leicht, sehen Sie — eins, zwei, drei!“

Sie lief voraus und wagte den Sprung; ihm schien es, als wenn ihr Kleid sich von ihren Schultern löse und in die Luft für unter der Erde. Doch ihre Füße lösten sich nicht und sie blieb behaarent. „Ach, wie ich mich belagert habe! Nein, gehen Sie doch lieber herum...“

Er blühte sie an und lächelte matt, während unflare Gedanken ihm durch den Kopf fuhren und seine Füße im Schlamm versanken. Auf der anderen Seite des Schmutzimpells schaltete Warenka die Augen auf das Gesicht, das er unter der gestreiften Strümpfe auf sich geformten Weinen. Einen Augenblick lang wollte es ihm scheinen, als wenn der Schmutz, der sie von einander trennte, eine Warnung bedeute, entweder für ihn oder für sie. Doch er hielt diese gefühlvolle Anmodung hart von sich und nannte sie nicht, indem er sich wieder zu dem Schmutz auf dem Boden setzte. Er dachte, das Gesicht, welches den Seiten herange, wobei er erst recht in das vom Graue verborgene Wasser trat.

„Mit nassen Füßen und einem ich selbst noch nicht ganz klaren Entschluß kam er wieder zu ihr, und sie empfing ihn, indem sie mit einer Griminal auf ihr Kleid wies und rief: „Sehen Sie nur — schön, nicht wahr! Ah, hüt! hüt! und glatte hüt — große schwarze Flecken sehen in die Augen, die sich auf dem weißen Stoffe geradezu triumphiert abheben.“

„Es ist mir eine Freude und eine Genosseinheit. Dich flecht in völliger Reinheit zu erlösen, deshalb würd' ich sogar schon dieser Schmutz auf Deinen Kleid ist ein schwarzer Schatten in meine Seele...“ sprach Oppolitz langsam, und ließ sich von Warenka auf dem Boden nieder, um ihren Rücken auf den Rücken in Warenlas erlautes Gesicht.

Ihre Augen waren groß und fragend aufgesehen, er aber fühlte keine Brust wie von heißem Schäume erfüllt, welche im Begriff war, in wunderbare Worte auszubrechen, wie er sie noch niemals und zu niemand gesprochen und wie er sie selbst bisher nie erlaube gekannt hatte.

„Was haben Sie gesagt?“ fragte Warenka.

„Er behte, denn ihre Worte hängen streng, und sich gefalt sam zur Ruhe zwingend, verjurde er eine glaubhafte Erklärung: „Es waren Worte, die ich sprach... auf Russisch ist es natürlich Proia...“ doch daß es Worte war, haben Sie ja wohl gehört, nicht wahr? Es sind, glaube ich, italienische Worte... ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wahrhaftig! Hebrigens kann es mich nicht schaden, wenn ich einem Roman sein...“ Es kam mit eben so in den Sinn...“

„Wie waren doch die Worte? Ich bitte, sagen Sie sie noch einmal!“ bat sie, plötzlich nachdenklich werdend.

„Es ist mir eine Freude...“ Er hielt an, sich die Stirn zu reiben. „Wollen Sie es wohl glauben? Ich habe es plötzlich vergessen! Mein Gärment — total vergessen!“

„Nun, ich habe denn immerhin ein Stückchen weiter und damit ging sie entzülloenen Schrittes vorwärts. (Fortsetzung folgt.)

mit der gebührenden Schärfe gebrannt. Dieses System, so brutal gegenüber allen selbständigen Regungen der Arbeiterkraft, ist auch völlig unfruchtbar gegenüber allen Aufgaben einer großzügigen Verlebenspolitik. Von zahlreichen Seiten, von Zentrumselementen, Fortschrittlichen usw. wurde über die Gleichgültigkeit der Reichsversicherungsverwaltung gegenüber Lebensinteressen des reichsständischen und ländlichen Verlebens geflagt. Das Verlebenswesen in den Schlafwagen wurde vom Genossen Feil kritisiert.

Die Kritik, auch nach dem Etat des Reichsfinanzamtes zu erheben, wurde trotz der gestritten auf dem Tische des Hauses stehenden Teller mit Gelfingerproben wegen allzu vorgerückter Stunde nicht ausgeführt.

Am Montag liegen Kancelarstat und Auswärtiges Amt auf der Tagesordnung.

Die Maße der Wahlrechtsreform.

Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt hat dem Landtage einen Antrag eingereicht, worin er die Genehmigung nachsucht, den Volksfreund, unfer Braunschweiger Parteiorgan, wegen Verleumdung des Landtages "gerichtlich verfolgen zu dürfen. Die Verleumdung erblickt der Staatsanwalt in zwei Stellen. Der Welle v. Döhne beschränkte am Freitag im Landtag die Verantwortung der Staatsanwaltschaft, dem dem auch einstimmig zugestimmt wurde. Von der Kritik des Landtages herab erhielt bei diesem Reklamationskräftiges Bußgeld. Auch der Staatsminister v. Otto soll durch einen Volksfreundartikel beleidigt worden sein. Genosse Wesemeier ist besaf unter Anklage gestellt worden.

Unsere Partei gewinnt durch den Wahrscheinlichkeitsdruck auf sich an. Der Volksfreund hat seit dem ersten Wahrscheinlichkeitsdruck dieses Jahres am 28. Januar rund 1400 neue Abonnenten gewonnen, und unsere Organisation zahlreiche Mitglieder. Daher die Mut, die sich in ohnmächtigen Maßnahmen kundtut.

Preussische Torturen.

8000 Mark Geldstrafe wegen Erteilung von Waffenschein. Die Finanzverwaltung wurde durch den Reichstag beauftragt, die Erteilung von Waffenschein und Waffenschein an Personen unter 16 Jahren von der Preussischen Regierung untersagt. Die Räte sich auf eine aus dem Reichslande stammende Verordnung. Das das Verbot nicht befreit wurde, regnete es Strafmandate. In kurzer Zeit waren es zwölf Stück zu je 800 Mark, macht 8000 Mark. (Zwei Strafmandate auf 600 Mark waren bereits befreit worden.) Da der Minister nicht instand war, die Kaufleute zu befragen, sollte er in Haft genommen werden. Er zog es aber vor, dem "lieben" preussischen Staat die Rücken zu kehren und über die Grenze zu gehen.

Deutsches Reich.

Der Spionagefonds bleibt! Die Budgetkommission des Reichstages erließ am Sonnabend den Etat des Auswärtigen Amtes. Die Beratung wurde bei dem Geheimnis fortgesetzt. Genosse David verlangte die Freisetzung des Fonds, man solle eine offene und ehrliche Politik treiben. Bei der Abstimmung wurde die geforderte höhere Summe von 1 300 000 Mark abgelehnt und der bisherige Betrag von 1 000 000 Mark bewilligt. Für die höhere Summe stimmten außer den Konserwativen und Nationalliberalen, auch zwei Mitglieder des Zentrums.

Gemischtes gegen die Königlich preussischen Verwaltungen! Das in Königsberg, O. Sch., erscheinende Zentrumorgan Der oberpreussische Kurier (vom 11. 8. 10) veröffentlicht in lafonischer Sprache nachstehende Notiz:

Beamtenklub. Gemischtes gegen ihre Beamten - 40 Beamten lang und drei Beamten breit - lassen die Tgl. Rubenverteilungen als Verteidigungsmasse gegen etwaige Angriffe anschaffen und geben dieselben zum Einsparstreife ab.

Als Königlich preussische Gemischtes sollen die Verleumdung, die der berühmten preussischen Kultur in Oberpreussen Eingang verschaffen sollen.

Verleumdungen für arbeitslose Tabakarbeiter. Arbeitslosen Tabakarbeitern, die Land- oder Gartenarbeit verrichten, auch wenn dies auf ihrem eigenen oder gepachteten Grund und Boden geschieht, soll die staatliche Unterstützung einbezogen werden. Ferner wird die Unterfertigungsempfehlung, die wieder Arbeit gefunden haben, auf den Beamten ein Bezugs zur Unterstützung bezogen, deren Verzicht auf spätere Unterstützung auspricht.

Die Herrenhäuser sind muffs. Die sogenannte Erste Kassenkammer lehnte die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter in den höheren Schulen ab.

Frankreich.

Der Standal der Liquidatoren.

Ans Paris wird uns geschrieben: Die Interaktionsaffäre des Liquidators Duoz wächst sich immer mehr zu einem politischen Nierenfand aus. Da uns nur wenige Wochen noch von den Kammerwahlen trennen, ist es sehr wohl möglich, um nicht zu sagen wahrscheinlich, daß der Standal der Liquidatoren einen erheblichen und für die Radikalen verhängnisvollen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen ausüben wird. Das Ministerium ist selbst sowohl in der Person des Herrn Briand, wie vor allem in der des Herrn Millerand bedroht. Die Radikalen fragen sich, warum man den Standal erst jetzt, fünf Wochen vor den Wahlen, hat ausbrechen lassen. Sie glauben, daß Briand diese Stimbombe geworfen hat, um seinem Kollegen Millerand, dessen Einfluß ihm unangenehm sei, eins auszuwichen. Andere meinen wieder, daß der Sozialist (11) Briand den Standal vor den Wahlen losgelassen hat, um den Radikalen einen Ständchen zu tun. Wir führen diese Gerüchte nur an, um zu Abwehr zu tun. Wir führen diese Gerüchte nur an, um zu Abwehr zu tun. Einmal steht nach der geläufigen Rede des Genossen Jaures, deren durchschlagende Macht von allen Parteien anerkannt wird, fest: Es ist nicht mehr möglich, den Standal als einen beständigen Einzelfall hinzustellen. Es handelt sich um einen politischen Standal, der sich zu einem zweiten Panama auszuwickeln droht. Ebenso wie eine Reihe hervorragender Politiker, sind die Gerichte kompromittiert, die die parlamentarischen Entscheidungen und Rechnungen der Liquidatoren gut heißen, obwohl seitens der Regierung wie des Senats seit zwei Jahren die bestmöglichen Einwendungen gemacht wurden.

Besonders bei dem Jaures biogegenen Verlauf der berühmten Ständchen. "Grande-Chartreuse" handelt es sich um einer ebenso offensbaren wie standhaften Korruptionsaffäre. Die Fortsetzung der Debatte am Montag kann uns noch manche Lebererfahrung bereiten. Selbst eine Ministerkrise ist trotz der bevorstehenden Wahlen nicht ausgeschlossen.

England.

Neuer die politische Lage

wird dem O. Z. aus London geschrieben: Gegen Lord Rosebergs Vorschläge über die Reform der Zweiten Kammer, namentlich die Trennung der Mitgliedschaft von der Berufung, hat sich in den konservativen Kreisen des Oberhauses eine scharfe Opposition erhoben. Die erste Berechtigung zur Mitgliedschaft an der Legislative scheint dort einen besonderen Reiz für diese Partei zu besitzen, die um seinen Preis auf ihr bisheriges Recht verzichten wollen. Es ist daher eine Spaltung unter den Lords über diesen Punkt zu erwarten. Der Herzog von Norfolk und der Herzog von Marlborough sind bereits einer Vereinigung beigetreten, die das erbliche Prinzip vor jedem Angriff zu schützen wünscht. Unter diesem Gesichtswinkel dürften die Verhandlungen über Rosebergs Resolutionen, die im Oberhaus in der nächsten Woche beginnen, sich besonders interessant gestalten. Auch im Unterhause wird die Situation plant werden. Ein Ziel der Opposition ist wie auch eine Anzahl Mitglieder der Arbeiterpartei werden gegen das kolossale Marinebudget stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Zweites Radikal.

Wien, 12. März. Klamm, hat der Bürgermeister von Wien die Augen für immer geschlossen. Er ist auch bereits ein h. iger Streit um die Nachfolgerfrage entbrannt. Der ganze Schwarm der Kamerader, allen voran der bekannte Dr. Geymann, drängt sich nach dem letzten Posten. Angeblich soll Queger selbst den Wunsch geäußert haben, daß der Minister Dr. Weiskirchner zu seinem Nachfolger ernannt werde. Der lehne aber ab, da seine Ziele höher hinaus gingen und man davon spricht, daß er ger als etwaiger Ministerpräsident in Frage käme. Einmal eine Werbung der Wiener Arbeiter, kann hat auch Dr. Geymann darauf verzichtet, als Bürgermeister zu kandidieren, da seine Gegner droht hätten, daß sie in ganz Wien Wählerversammlungen einberufen und ihnen eine Resolution vorlegen würden, wonach das politische Testament Quegers burdageschrieben werden müsse, und der Minister Weiskirchner die Verpflichtung habe, den Wunsch des verstorbenen Parteiführers zu erfüllen. Es drohe bereits zwei Tage nach dem Tode Quegers gang ernstlich eine Sprengung der Partei, die um jeden Preis verbittet werden soll. Der Streit kann also lustig fortgesetzt werden; einer muß schließlich doch als Sieger aus diesem Wetrennen hervorgehen.

Rußland.

Gefährliche Forderungen.

Petersburg, 12. März. Mehrere Abgeordnete von der Rechten der Reichsduma haben den Zustimmung in einer Eingabe geben, auf Grund des Strafgesetzes gegen den Verbrechen (1) vorzugehen, der sich Russische Gruppe des Interparlamentarischen Verbandes (die Friedensgesellschaft) nenne. In der Eingabe wird mitgeteilt, daß der Vorsitzende der Russischen Gruppe Abgeordnete aufordere, zu einer Sitzung in der Duma zu erscheinen, in der ein Ausschuss für die Russische Gruppe und eine Vertretung für den Zentralausschuss des Interparlamentarischen Verbandes gewählt werden sollen. Der Zustimmung möge es nicht zu lassen, daß eine solche verbercherische Versammlung zustande komme.

Perlen.

Ausdehnung der Kofaken.

Läbris, 12. März. In einer bei Sattar Khan abgehaltenen Beratung, an der auch Kaufleute teilnahmen, wurde beschlossen, die Wafare gewaltsam zu schließen, um die russischen Truppen der Möglichkeit zu berauben, Lebensmittel zu erhalten und sie dadurch zum Abmarsch zu zwingen. Die Lage ist unbauernd gespannt. Die Bevölkerung wird durch gedruckte Proklamationen aufgefordert, dem Staat durch eine innere Umkleide zu Hilfe zu kommen. Die Bedingungen der Umkleide werden aber nicht genannt.

Hus der Partei.

Reichstagskandidatur. Im 8. sächsischen Reichstagswahlkreis Pirna-Sachsen, der von 1903 bis 1906 von unserem Genossen Frähdorf im Reichstag vertreten war, und jetzt durch den Antikemiten Otto Kühle betreten ist, wurde als Kandidat unser Parteigenosse Otto Kühle, Halle, von der Parteileitung gewählt. Seine Wahl durch die Parteigenossen im Kreis gilt als gesichert. Genosse Frähdorf hat die Wiederstellung abgelehnt, in Konsequenz des Beschlusses der sächsischen Landesversammlung, die Doppeltkandidaturen zum Landes und Reichstag nicht gestattet.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen im Bergewerbe abermals gescheitert. Die Verhandlungskommissionen des Arbeiterbundes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter traten am 9. und 10. März erneut zur Verhandlung zusammen, um eine Einigung zu erzielen.

Im November sind viele Körperparteien schon einmal zusammen gewesen, ohne daß eine Verhandlung in irgend einem wesentlichen Punkte erfolgt wäre.

Die Situation ist schwierig und eigenartig. Des Arbeitgebers unterbreitete den Zentralverbänden die Forderungen, das bisherige Vertragsverhältnis auf eine völlig andere Grundlage stellen. In dem von den Unternehmern unterbreiteten Vertragsmuster erblicken die Arbeiterverbände ein Mittel zur Bekämpfung ihrer Organisationen, und es verläßt auch in Wirklichkeit die Grundlagen der Parität und tastet die Gleichberechtigung der Organisationen an.

Die Zentralverbände haben nur wenige Anträge und Änderungsanträge eingebracht, die die Grundlagen des Bestehenden aber durchaus nicht berühren.

Die Verhandlung verlief ebenso resultatlos wie die im

November. Nur in nebensächlichen Dingen ist ein Ausgleich erzielt worden; in allen Fragen von sachlicher und prinzipieller Bedeutung sind sich die Parteien keinen Schritt näher gekommen.

Strittig blieben die Fragen:

1. Ob ein Vertrag nach dem Wunsche des Arbeitgeberbundes von Zentralvorstand zu Zentralvorstand abgeschlossen werden soll. Die Arbeiter lehnen diesen Antrag ab und wünschen, daß die örtlichen Organisationen Träger der Verträge bleiben.
2. Die Unternehmer verlangen, daß der Zentralvertrag, der bis jetzt in 95 Prozent der Vertragsgebiete ein Einheitslohn oder Minimallohn war, jetzt nur für gelehrte und tüchtige Gelehrten und tüchtige Hilfsarbeiter gelten soll. Wer „tüchtig“ ist, bestimmt nur der Unternehmer. Diese Vereinfachung lehnen die Arbeiter ebenfalls ab.
3. Die Zentralverbände sollen anerkennen, daß während der nächsten Vertragsdauer eine Verärgerung der Arbeiterzeit unter zehn Stunden nicht eintreten darf.
4. Die Arbeiterzeit war bisher zulässig. Es konnte aber jeder die Arbeiterzeit bezeugen, und die Organisationen wurden durch Kalkulation und Prüfungen auf die Mitglieder in dieser Beziehung einwirken. Jetzt sollen sich die Parteien verpflichten, jeder hindernden Einflüsse sich zu enthalten. Den Arbeitgebern soll aber eine fördernde Maßnahme nicht verboten sein.
5. Im alten Tarif unterliegen die Preise besonderer Vereinbarung. Jetzt sollen sich die beteiligten Organisationen ausdrücklich verpflichten, vor und nach der Vereinbarung der Arbeiterpreise, keinerlei Einfluss auf ihre Mitglieder auszuüben.

Die Anerkennung dieses Verlangens müssen die Arbeiter ablehnen. Sie fordern nur die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, mit der Maßgabe, daß dieser Paragraph aus dem zentralen Muster entfernt und den Ortsverbänden eingefügt werden soll, in deren Geltungsbereich Arbeiterzeit üblich ist. Um einem etwaigen Zerium vorzugehen, sei ausdrücklich bemerkt, daß die Beilegung der Arbeiterzeit nicht geordnet wird.

6. Der Arbeitgeberbund verlangt, daß die tarifliche Anerkennung seiner unparitätischen Arbeitsverträge. Die Arbeiter sollen sich ausdrücklich zur anschließlichen Benutzung dieser Maßnahme verpflichten.

Diesem im gewerkschaftlichen Leben wohl ohne Beispiel bestehenden Verlangen, setzen die Zentralverbände ein kategorisches „Nein entgegen.

Das sind die hauptsächlichsten Differenzpunkte. Der deutsche Arbeiterbund wird nun am 22. b. M. eine außerordentliche Hauptversammlung in Dresden abhalten, auf der er alle Wahrscheinlichkeit bereits Maßnahmen ergreifen wird, mit denen er glaubt, die Zentralverbände zur Anerkennung seiner unumgänglichen Forderungen zu zwingen, nämlich: die Unterscheidung anzuerkennen, oder wie es in lafonischen Zone heißt, die Geschäfte und Betriebe zu schließen.

Der Arbeiterbund wird den Zentralverbänden umgehend seine Entschlüsse mitteilen und die Arbeiterverbände werden auf ihn, eigens zu diesem Zweck einzuberufen. Die Verhandlungen werden, welche Zentralverbände, verbände gegeben werden soll. Sollte aber der Arbeiterbund, mehr weitere Verhandlungen wünschen, so erübrigen sich die Verhandlungen.

Alle Wetterzeichen deuten aber auf Sturm. Zunächst hat nun der deutsche Arbeiterbund über das Baumgewerbe das Wort. Bei ihm liegt mit die Entscheidung der Frage, ob es in den nächsten Wochen schon zu einem erbitterten Kampfe um Baumgewerbe kommen wird oder nicht.

Tarifschluß im Leipziger Holzgewerbe.

Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin war zwischen den Kommissionen auch eine Einigung für das Vertragsgebiet Leipzig zustande gekommen. Am Freitag haben hierzu Arbeiter- und Unternehmervertreter in Leipzig Stellung genommen und den Vereinbarungen zugestimmt. Nach dem neuen Vertrag beträgt die Arbeitszeit für Leipzig die nächsten drei Jahre 62 Stunden pro Woche. Es tritt eine Lohnsteigerung von 4 Pfennig pro Stunde ein. Leberstunden sind nur im Höchstbetrage von 52 Stunden pro Jahr zulässig; darüber hinaus ist die Zustimmung der beiderseitigen Organisationsverbände notwendig. Für die ersten beiden Leberstunden werden 30 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag bei Lohn- und Arbeiterzeit bezahlt. Die bestehenden Abordnungen werden hingegen der Lohnzulage erhöht. Sobald die Zentralverbände der beiderseitigen Verbände eine bestimmte Vereinbarung über die Arbeitsvermittlung getroffen haben, soll diese auch für Leipzig verbindlich anerkannt werden. Von den bestehenden Arbeitsverträgen ist nur die Beteiligung nur an vertragsfreie Firmen erfolgen. Wenn in einem Betriebe bessere Bedingungen als im Vertrag festgelegt vorhanden sind, behalten diese für die Vertragsdauer Geltung. Arbeiterzeit an Maschinen ist unzulässig. An sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen dürfen nur im Gebrauch der Maschinen speziell unterwiesene Arbeiter beschäftigt werden.

Der Vertrag gilt für rund 4000 Arbeiter der Leipziger Holz- und Maschinenbranche und hat Geltung bis am 15. Februar 1918.

Ein Streit im Frankfurter Schuhmachergewerbe

erschient unvermeidlich. Die Meister haben Verhandlungen auf Grund des von den Gehilfen eingereichten Vorkontrahs abgelehnt. Die Herren stellen zu den Gehilfen das Aninnen, den eingereichten Tarif fortzusetzen. Die Gehilfenbetreter waren bereit, über die kritischen Punkte des Tarifs in Verhandlungen einzutreten und gaben den Meistern anheim, ihre Vorschläge zu machen. Auf dieser Vorschlag wurde von den Meistern abgelehnt. Frankfurt a. M. ist ein Schuhmachern zu meiden, da es jedenfalls in den nächsten Tagen zum Streit kommt.

Im Streit

sehen die im Eisenhüttenwerk beschäftigten Arbeiter der Dresdenener Maschinenfabrik und Schiffsverleber Leipzig a. bei Dresden. Zugang ist fern zu halten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberblick und Parteinarbeit Paul Genzig, für Anstalt, Gewerkschaftliches, Familien und Vermittlung Karl Bock, für Lokales Otto Kiebitz, für Provinziales und Beramungsbildete Walter Leopold, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Reinhold v. Koch! Täglich Neuheiten für jeden Zweck passend auch extra weite **Loewendahl** zu sehr billigen Preisen bei

Wunderbare
- Fassons.

Eröffnung

Grossartige
Passformen.

Dienstag den 15. März nachm. 4 Uhr

Schuhwarenhaus zum „Alligator“

Grosse Ulrichstrasse Nr. 18, Ecke Bülbergasse.

Sie müssen

stauenen!!

wenn Sie

unsere Fenster

beachten.

Ein neues Erzeugnis deutscher Schuh-Industrie.

Wundervolle eleganteste Amerikanische, Wiener und Deutsche Formen.

Einheitspreis

für jedes Paar
Herren- und Damenstiefel

6⁷⁵
Mk.
Extra-Qualität 8⁵⁰

Eisleben.

Dienstag den 15. März abends 8 Uhr im Bürgergarten

Große Demonstrations-Versammlung.

Tagesordnung: Die preussische Wahlrechtsvorlage vor der Entscheidung.

Kreis Merseburg-Querfurt.

Dienstag den 15. März abends 8 1/2 Uhr:

Große Demonstrations-Versammlungen,

in **Schkeuditz** im Lindenhof

und in **Merseburg** in der Kaiser-Wilhelmshalle.

Tagesordnung: Die preussische Wahlrechtsvorlage vor der Entscheidung.

Demonstrations-Versammlungen.

Dienstag den 15. März 1910:

Torgau abds. 8 Uhr i. Restaur. Königsbad.

Bockwitz abds. 8 Uhr in Hermanns Hotel.

Thema:

Die preussische Wahlrechts-Vorlage vor der Entscheidung.



Hühner

garant. leb. Ant. 11 Mon. alt, fehr heilig legend, Farbe nach Wunsch, alles mit Eiern, 6 St. 13 Mk., 12 St. 24 Mk., 18 St. 35 Mk., Streusand, Dzieditz, Schlessen 30.

In einer Stadt von 7000 Einwohnern, viel Industrie, ist ein **schöner Laden**

zu vermieten (31 qm. groß). Günstig für alle Spezialgeschäfte, weil an der Hauptstrasse. Beste Lage. Offerten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter K. Sch.

Schachspiel

Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele. **Preis 20 Pf.** Volksbuchhandlung, Halle a. S.

Delitzsch-Bitterfeld.

Dienstag den 15. März

Grosse Demonstrations-Versammlungen.

In **Eilenburg** nachmittags 4 Uhr im „Evolet“.
In **Bitterfeld** abends 8 Uhr im „Hohenzollern“.

Tagesordnung: Die preussische Wahlrechtsvorlage vor der Entscheidung.

Naumburg-Weissenfels-Zeitz.

Am Dienstag den 15. März

Große Protest-Versammlungen

für jedermann.

Zeitz, abends Punkt 7 Uhr in der „Wilhelmshöhe“. Alle Genossen und Arbeiter sollen gleich von der Arbeit fort in die Versammlung gehen.

Aue, abends Punkt 7 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Für die Arbeiter der Untertstadt u. angrenzende Dörfer.

Zeitz, abends 8 Uhr im „Blauen Stern“ für Theilgen., Neuhof, Mühlb., Konnewitz, Bröbitz u.

Leinweber-Streckau-Zeitz

abends 8 Uhr im Gasthof des Herrn Herzog.

Naumburg, „Schwarzen Adler“, abends 7 Uhr im

Rehnsdorf-Rumsdorf, „Kronprinz“, abends 7 Uhr bei

Sipendorf-Falkenhain-Ritzma abends 7 Uhr bei Saunack-Sipendorf.

Zeitz, abends 7 Uhr im Gasthof zu Runtal.

Tagesordnung: Nieder mit dem Wahlrechtsentscheid.

Freie Diskussion. Zutritt hat jedermann. Entree pro Person 10 Pfennig.

Der Zentral-Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Neu!

Neu!

Bebel

Aus meinem Leben.

: I. Teil. :

Preis geb. 2.00 Mk.

Preis geb. 2.00 Mk.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**, Halle a. S., Harz 42/43.

Gänzföhren jeder Art bei bill. W. Alb. Ackermann, Wülberg 10.

Sanin.

Sittenroman aus den Tagen der russischen Revolution. Vollständige Ausgabe.

Dreimal verboten gewesen! 600.000 Exemplare. 430 Seiten. Preis 1.50 Mark. Zu beziehen durch die Harz 42/43.

Zu beziehen durch die **Bolz's-Buchhandlung.**

Spitzkugeln, Sonnt. mit Schol. überz. H. Qualität. A. Hampel, Leipzig 66. Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins.

Sonntabend d. 12. d. M. abends 10 Uhr verstarb nach kurz. schwer. Krankenlag. mein lieb. Mann, ungl. guter Vater, Bruder, Schwager u. Onkel, der **Maurer Karl Enke** im Alter von 52 Jahren. Um herzliches Beileid bitten im Namen der Hinterbliebenen **W. Enke nebst Tochter.** Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Beerdigungshalle des Nordfriedhofes aus statt.

Zentral-Vorband der Maurer. Zweigverein Halle a. S.

Todes-Anzeige.

Der Kollegen zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglieds

Karl Enke

am Sonntag den 12. März im Alter von 52 Jahren an Schlaganfall verstorben ist. Der Zweigverein bestien in ihm einen treuen Kämpfer, dem er ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Beerdigungshalle des Nordfriedhofes aus statt und erucht um rege Beteiligung der Kollegen **Der Vorstand.**

Am 16. und 17. März fällt die Entscheidung in der Wahlrechtsfrage! Dienstag den 15. März abends 6 1/2 Uhr, nach Beendigung der Arbeitszeit, Demonstrations-Versammlungen

im „Volkspark“, Burgstrasse.

Märztage 1848. — Märztage 1910.

Arbeiter, Rechtlose! Noch einmal wird das proletarische Aufgebot zum Appell gerufen. Kommt alle, die ihr freie Männer seid. Der Einberufer: Karl Reiwand, Hals 42/43.

Das System Jagow.

(Deutscher Reichstag.)

14. Sitzung. Freitag, den 11. März, 1 Uhr nachmittags.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Albrecht (Soz.) u. Gen.: In dem Reichsantrag bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin für eine am 6. März d. J. nach dem Freiwerden des öffentlichen Versammlungsortes unter freiem Himmel im Widerspruch zu dem § 7 des Reichsvereinigungsgesetzes, der Verlesung der Genehmigung nur dann für zulässig erklärt, wenn Gewähr für die öffentliche Sicherheit zu bestanden ist, die Genehmigung verweigert hat? Welche Maßnahmen gegen den Herr Reichsantrag zu ergreifen, um eine herabsetzende Beurteilung des Versammlungsrechts für die Zukunft zu vermeiden.
Auf Anfrage des Reichstages Scherer in erklärt sich Staatssekretär Desbrières bereit, die Interpellation heute zu beantworten.
Abg. Lebedour (Soz.):
Das Verbot der Preceptor Versammlung ist nicht das einzige Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel während der letzten Tage. Auch in
Koburg, Gagen, Halle, Kiel
und anderwärts kamen solche Verbotserlasse der Polizei vor. Wir haben uns auf den Berliner Vorgang beschränkt, um die Verhandlungen abzukürzen, und weil sie auf Grund persönlicher Beobachtungen durch Abgeordnete das günstigste Objekt für die Diskussion bieten. Nachdem anderwärts, z. B. in Frankfurt a. M., Versammlungen unter freiem Himmel zum Teil auch unter Beteiligung bürgerlicher Parteien stattgefunden hätten, eruchten wir um Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel im Reichstagsort. Der Polizeipräsident verweigerte diese Genehmigung unter Hinweis auf die Demonstrationen am 13. Februar, die nach seiner Behauptung gesetzwidrig gewesen seien. Diese Behauptung beweist aber nur, daß der Polizeipräsident die Gesetze nicht kennt.
Das Kammergericht, das doch wohl höher steht als irgend ein Polizeipräsident von Berlin oder Potsdam! (Sehr gut! b. d. Soz.) hat entschieden, daß
parteiliche Demonstrationen auf offener Straße
an sich nicht rechtswidrig seien, falls dabei nicht das Benehmen der Demonstranten gegen die Ordnung verstoße. Da den Demonstranten vom 13. Februar ein solches Benehmen nicht nachgelagt werden kann, so war nach dem Urteil des höchsten preussischen Gerichtshofes die Demonstration nicht rechtswidrig. Der ganze Hinweis des Herrn von Jagow auf die Vorgänge vom 13. Februar zeigte nur den
Vorzug über die verpackte Gelegenheit!
Ueber die verpackte Gelegenheit nämlich, schon am 13. Februar Karubien, Störungen und Verletzungen der Menschen herbeizuführen.
(*) Technischer Schwierigkeiten wegen konnte der Bericht nicht in der Sonntagsnummer erscheinen.

führen. (Lachen rechts. Sehr wahr! b. d. Soz.) Daß der Polizeipräsident von Berlin sich durchaus als
Diener des konservativen Parteidienstes
fühlt, hat er ja auch dadurch bewiesen, daß er über die Parolen wegen der Bemerkungen zu machen die Unverschämtheit gehabt hat. (Sehr laut! b. d. Soz.)
Präsident Graf Scherwin: Sie dürfen dem Polizeipräsidenten von Berlin nicht Unverschämtheit vorwerfen. (Zuruf b. d. Soz.: Steht das in der Geschäftsordnung.)
Abg. Lebedour (fortfahrend): Die eigentümlich stillferten Erlasse des Herrn von Jagow haben uns
nicht von Demonstrationen abgehalten.
Ueber die Brutalität, mit der die Polizei vorgegangen ist, kann ich als Augenzeuge Zeugnis ablegen. (Lachen rechts.) Ihr Lachen zeigt, daß Sie, wie der Polizeipräsident von Berlin,
ein schlechtes Gewissen
haben. (Sehr laut! b. d. Soz.) Es steht ganz unanfechtbar fest, daß sehr friedliche Spaziergänger, die gar nicht daran dachten, zu demonstrieren, unter den Opfern der Polizeibrutalität sich befinden, daß u. a. die Gattin eines angesehenen Kaufmanns ohne Grund
mit Knüttelschlägen in das Gesicht niedergeschlagen wurde, so daß sie demnächst liegen blieb. (Sehr laut, hört! b. d. Soz.) Die Dame beabsichtigte friedlich in einem Lokal Kaffee zu trinken. (Lachen rechts. Besonders der Herr Abg. Lebedour: Jawohl, das Schamlos! vorgeworfen.)
Präsident Graf Scherwin: Dafür rufe ich Sie zum zweiten Mal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines eintönigen dritten Ordnungsrufes aufmerksam.
Abg. Lebedour (fortfahrend): Das erste Mal erhielt ich eine Rüge, aber keinen Ordnungsruf.
Präsident Graf Scherwin: Ich mußte auch selber einen Ordnungsruf hinzunehmen.
Abg. Lebedour (fortfahrend): Ich appelliere an das nicht-müde noch auf Herrn Gehlen herüber, der den Demonstranten das denkbar beste und der Polizei das denkbar schlechteste Zeugnis anstellte. Das Verhalten der Polizei soll nur die Leute rechtfertigen, die etwa nach Pillittert gaderen? Warum geben die Frauen denn herein in den Tumult? Das ganze Benehmen des Herrn von Jagow ist so, daß die preussische Regierung sich so bald als möglich
von diesem skandalösen Polizeipräsidenten befreien sollte.
Präsident Graf Scherwin: Ich darf auch diesen Ausdruck

nicht dulden. (Unruhe b. d. Soz. Abg. Heine: Was soll man denn eigentlich noch sagen. Sehr gut! b. d. Soz.)
Abg. Lebedour (Soz.): Es ist doch wirklich keine Verleumdung, wenn man jemand nachsagt, er habe sich blamiert. Sich zu blamieren kann allen möglichen Menschen passieren, so gar dem Präsidenten des Reichstages. (Sehr gut! b. d. Soz.)
Ueber ich kann mich ja auch anders ausdrücken, der Herr von Jagow
nicht vortrefflich in das System von Bethmann Hollweg. Er paßt auch vortrefflich zu Zeiten von der niedrigen Denkniveau jenes Mannes, der der Polizei 800 Mk. einreichte hat, weil sie Eigentum und Leben ruhiger Bürger vor einer „rabulistischen und unreifen Böbelmasse“ geschützt hat. (Wahr! rechts. Unruhe b. d. Soz.) Wir müssen entscheiden, ob gegen protestieren, daß Herr von Jagow diese Verleumdung sich zu eigen macht. Gehört übrigens auch Herr Raumann zu dieser rabulistischen Böbelmasse. (Gelt! und Sehr gut! links.)
Ich hoffe, daß die aufrichtigste Wirkung der Wahl Demonstrationen sich noch über den Freitag hinaus bis an die Grenzlinie, die die Konservativen von den anderen Parteien trennen, willkürlich für das Wahlrecht ausführen wird. Die Leute à la Jagow sind
die wahren Untergraber der Staatsautorität.
(Sehr laut! b. d. Soz.) Wenn sie noch fernerhin mit ihrem Sandhaufen sich der wachsenden Meeresschwelle entgegenstellen, so wird die Meeresschwelle noch unaufhaltsamer anschwellen, und wenn sie die Dämme bricht,
nach ganz anderen historischen Gerümpel
als bloß das elende Dreifachschiffsystem in die Rumpelkammer der Weltgeschichte fegen. (Sehr laut! b. d. Soz.)
Staatssekretär Desbrières: Die Ausführung des Vereinsgesetzes ist Sache der Einzelregierungen. Gegen die Befreiung des Polizeipräsidenten ist Klage im Verwaltungswege erhoben worden. Es geht nicht an, in das schwebende Rechtsverfahren einzugreifen. Unbestreitbar bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel der polizeilichen Genehmigung. Bei der Entscheidung über die Frage, ob die Befreiung der öffentlichen Sicherheit vorliegt, wird ein gewisses Maßmaß fest nicht dem Reichstage, sondern dem preussischen Abgeordnetenhaus zu. Wenn bedeutende Vorgänge sich ereignen haben, so trifft die Verantwortung in erster Linie die, die ohne Genehmigung einen Aufzug veranstaltet haben, und dadurch der öffentlichen Sicherheit vorliegt, nicht nur die Möglichkeit, sondern in gewissen Grenzen auch die Pflicht des Einzelregierens gegeben haben. (Sehr laut! rechts. Gelächter b. d. Soz.)
Auf Antrag Desbrières wird gegen die Stimmen der Rechten die Befreiung der Interpellation beschlossen.
Abg. von Desbrières (Rechts): Die Frage ob Befreiung der öffentlichen Sicherheit vorliegt, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Die Herren Interpellanten sind auf den Reichstag zu verweisen. (Stimm. Gut! rechts und i. Mitte. Zuruf b. d. Soz.: Das Zentrum wieder als Regierungspartei!)
Abg. Dr. Jun d. (links): Die Prüfung der Ausführung des

Verbindungsrecht allerdings dem Reichstage zu. (S. 687. S. 687.) Auch scheint die Verbindung des Reichs mit dem Reichspräsidenten nicht ganz annehmbar. (S. 687. S. 687.) Aber das festzustellen, ist Sache der gerichtlichen Ausdeutung.

Abg. v. Nicht-Hoffen (Konf.): Das Verbot des Polizeipräsidenten vom völlig begründet. (1) Wir sprechen der Polizei unsere höchste Anerkennung aus. Gegen die ungelieblichen Strafgedemotstrationen müssen noch härtere Mittel angewandt werden.

Abg. Müller v. Meiningen (Konserv. Vgl.): Nehmt ich das Zentrum schon wieder so reich zur Regierungspartei, daß sein Führer eine so staatsmännische Rede über das vom Zentrum doch so kampflos beschriebene Verbrechen hält. Wir haben das Reichsvereinsgesetz doch gerade gemacht, um solchen Verbrechen vorzubeugen. Eine Reihe bürgerlicher Abgeordneter, darunter solche meiner Partei, können bezeugen, daß die Demonstrationen im Tiergarten eine geradezu mehrheitliche Haltung einnahmen haben. Eine große Gefahr für unsere Sicherheit in Berlin gibt es allerdings, und das ist das

System Jagow.
(Wacht. links.) Die Verhandlungen über die Verträge in dem freischaffenden Sinne angewandt, in dem es gedacht ist. (Recht. Zeit. links.)

Abg. v. Dürren (Npt.): Wenn die bürgerlichen Parteien hier die Regierung über Maßnahmen gegen den Missbrauch der Straßendemonstrationen interpelliert hätten, so hätte ich das eher verstanden, als die Unverfrorenheit, (11) mit der die Sozialdemokraten die Interpellation hier einbringen wollten. (St. Uhrabe u. d. Sop. führt die Rede.) Zur Erwähnung ist noch gerade 10 Minuten (1) endlich den Vizepräsidenten Dr. Spahn bewegen, in mildem Tone den Ausdruck „Unverfrorenheit“ zu rügen. Dann will ich fragen: Inwiefern ist die Interpellation gar nicht ganz unzulässig. Ich will anfragen, daß die Demonstrationen sich ganz anständig benommen haben. (S. 687. S. 687.) Aber die revolutionäre Minderheit ist unverfrorenbar. An der uns heiligen Ereignisliste (11) (St. Uhrabe u. d. Sop.) an dem uns heiligen Ereignisse, das man vor meiner Augen und vor den Augen der Revolutionäre gesehen, und in offenen Landtage hat Abg. Viehbach zum

Generalstreik
aufgeweckt. Demgegenüber sollten alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen, und ich bedauere, daß Herr Müller-Meiningsen in diese notwendige Einigkeit bringt. Den Regierungen aber rufe ich zu: Seid feil! (Recht. Zeit. rechts. S. 687. S. 687.)

Abg. v. Casarinski (Volk. links verhältnißlich) scheint die Haltung der Polizei zu missbilligen, während die **Abg. Richer mann v. Sonnenberg (Wirtsh. u. G.)** und **Werner (Npt.)** sich ungefähr in dem Sinne des Herrn v. Dürren äußern.

Abg. Feine (Soz.):
Wenn je ein Grund zum Interpellieren vorlag, dann diesmal. (Abg. Webel: Sehr richtig! Recht. Zeit. b. d. Sop.)
Es sind Vergessen, an denen ganz Deutschland, ist die ganze Welt Anteil nehmen.

(St. Uhrabe und Webel, rechts.) Sie nach rechts! Das können Sie mit der Verhütung der Ausbreitung und des Widerstandes und werden keinen Blick in unzulässige Mäntel. Somit würden Sie wissen, wie ganz Europa über die Ereignisse in d. zur Kenntnisnahme und ist. (Recht. Zeit. links. S. 687. S. 687.)
Man beweist uns auf das gerichtliche Verfahren. Das können wir, wir wissen, wie lange es ein heiliges Verfahren dauert, wie es dauert über der Welt über den Welt. Es kommt sogar vor, daß man erlebt, daß ein solches Verfahren beendet wird. (St. Uhrabe und Webel, rechts.) (St. Uhrabe und Webel, rechts.) Ich will mich nicht über die Anwendung des Strafgesetzes zu werden und solange hinfich das Wort zu halten. (St. Uhrabe und Webel, rechts.) Am Morgen zum Beispiel. Müller-Meiningsen münderte ich mich über das Zentrum nicht. Im Wahlsampfe von Blois u. C. Casar haben wir von

Einantrittsberei des Zentrums
wieder schöne Proben gehabt. Dabei braucht das Zentrum weit weniger Verarmungsbereitschaft als wir hier. Ihm fehlt jeden Sonntag ein Hof zu Gebote, wo es seinen Wählern sagt, wo der Zerkel sitzt und daß sie für den Zerkel nicht stimmen sollen. (St. Uhrabe und Webel, rechts.) — Wenn einer für die Verbindung des Vereinsgesetzes verantwortlich ist, so ist es

der letzte Reichskanzler.
Nach der Behauptung des Herrn v. Jagow sollte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorliegen. Zum Nachen! Wie wenig Demonstrationen, die wir veranlassen, den Verkehr behindern, hat man doch am 13. Februar hier in Berlin gesehen. Natürlich war

der Spaziergang im Tiergarten ein Protest gegen das Treptower Verarmungsverbot und natürlich waren die Massen erregter, als sie gewesen wären, wenn man sie ruhig hätte in Treptow spazieren gehen lassen.

Trotzdem ist nichts passiert!
(Recht. Zeit. links. S. 687. S. 687.) Ein Interesse an Zusammenhängen haben wir die Rede über die notwendigen Maßnahmen für den Polizeibereich der alte Lehre, daß, was das Herz voll ist, der Mund überläuft. (Recht. Zeit. links. S. 687. S. 687.)

In Frankfurt, in Essen, in Duisburg, in Köln, überall, wo die Polizei sich nicht einmischt.
Ist nicht so pa a l e t. Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht nur von der Polizei. Mit seinen Profanationen macht sich Herr v. Jagow nur lächerlich. In der Triumph über Herrn v. Jagow war vollständig. Trotzdem haben wir unsere Interpellation hier eingebracht, um vor dem Lande die

Befriedigung des Verbot
der Treptower Verarmung festzusetzen. (Recht. Zeit. links. S. 687. S. 687.) Verarmungen unter freiem Himmel sind nach dem Vereinsgesetz erlaubt. Sie dürfen nur unter besonderen Umständen verboten werden. Solche Umstände liegen nicht vor. Da kommen nun die großen Strategen der Reaktion und sagen, verboten ist eine Verarmung ohne polizeiliche Genehmigung; die Polizei muß Verbotes verbinden, folglich hat sie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in solchen Fällen mit dem Verbot einzubringen.
Das Einbringen in eine friedliche Menge ist nicht nur geboten, es ist

eine Pflicht, ein Verbrechen.
(Sehr wahr! links. Kurze b. d. Sop.: Und eine Feindschaft!)
Wenn die Polizei weiter solche Verbrechen begeht, so bedauere ich das im Interesse der realen friedlichen Weltentwicklung der Verhältnisse im Deutschen Reich. Die Verantwortung für alle weiteren Zusammenstöße fällt auf die Polizei. Das wird sich nicht seine wichtigsten politischen Rechte wiederum verlieren lassen durch Strategen vom Schlage des Herrn von Jagow. (Recht. Zeit. links. S. 687. S. 687.)
Damit schließt die Rede.

Ein Antrag von C. Casar. Die Genehmigung zur Durchführung einer Petition gegen die Verarmung des Politicus ist fortgesetzt.
Nach unermesslicher Debatte über einige Titel ergibt sich bei der Abstimmung über den Titel „Schmarrenzulagen“, für den 93 Stimmen der Sozialdemokraten, Freiwirtschaften und des Zentrums abgegeben werden, die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Erding zu Hohenhausen beantragt eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später an mit der Tagesordnung: Fortsetzung des Politicus unter Auslösung des Titels „Schmarrenzulagen“.
Schluß gegen 6 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 14. März 1910.

Arbeitendes Volk von Halle!

Der Haß der Wahlrechtshüter, seitens des Stenographen, Pfaffen und Pfaffenweibern, darf kein in dem Wert nicht vollenden, ehe ihm nicht die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes ungenügend ihren Willen kundgetan haben. Es darf ihm kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nun der Kampf des Proletariats gegen die blödsinnige Wahlrechtsetzung erst beginnt. Auch die Regierung muß inne werden, daß ihre provokatorisch geneigte Wahlrechtseinstellung niemals verzeihen werden kann. Das Volk läßt sich eine solche Regierung, ein solches Schicksal nicht mehr gefallen. Es gilt alles daran zu setzen, daß Gerechtigkeit gegen die Erhalter des Staates und der Gesellschaft die Grundlage des kommenden Systems bildet. Weiter muß abermals gegen das eines freien Kulturvolkes unwürdige Polizei- und Untertanenprotestieren werden. Die Schmach des 13. Februar ist ungeschwächt. Dem Polizeifeldzug der lobende Grimm des schaffenden Volkes entgegengekehrt werden.

Das alles rufft mit gähnender Gewalt zum Protest, zur massenhaften Demonstration des Volkswillens. Arbeiter, Arbeiterfrauen, sorgt dafür, daß die Versammlungen am Dienstag das Wort: Keine Ruhe in Preußen, bis nicht das gleiche Wahlrecht errungen ist in die Tat umsetzen nicht erlassen dürfen wir, sondern unermüdet weiterzukämpfen ist unsere höchste Pflicht.

Die Versammlungen am Dienstag finden im Volkspark gleich nach Arbeitsloß statt. Sie sind zu 1/2 Uhr angesetzt, es ist also möglich, sie zu besuchen. Und da die Mehrzahl der Versammlungsbesucher gleich von der Fabrik, der Werkstätte, vom Bau oder sonst vom Arbeitsplatz zum Protest eilen wird, so gilt es schon an diesen Stellen eifrige Agitation für die Versammlungen zu treiben. Jeder denkende Arbeiter sorge dafür, daß alle seine Arbeitskollegen mitgehen. Zieht nach zu feiern und fern zu bleiben, liegt Verrat an der Klasse gegen, hier die Sache des Volkes schließlich hinterzuziehen. Geste muß auch diesmal in der ersten Reihe der Stände stehen, in denen Protest gegen die Vorkommen des freien Arbeiterwertes erhoben wird.
Also auf zur Agitation! Bereit ist die Pfalz der Wahlrechtshüter. Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, der Wahlrechtstempel ruft. Nur eine Lösung gibt es: Vorwärts!

Sur Arbeitsniederlegung der Tapezierer

geht uns folgender Bericht zu. Die Forderungen der Gehilfen sind nachstehende: Die wöchentliche Arbeitszeit ist 53 Std. Der Stundenlohn beträgt 1. April 1910 mit 60 Pf., von da bis 1. April 1912 65 Pf., und von da an 68 Pf. Auf die bestehenden Röhre wird eine Zulage gemäß von 10 Pf. pro Stunde, am 1. April 1911 11 Pf., und am 1. April 1912 nochmals 1 Pf. pro Stunde. Ausgelernete unterliegen im ersten Jahre nach beendigt Zeiträume der freien Vereinbarung, im zweiten Jahre erhalten dieselben mindestens 42 Pfennig pro Stunde. Bei Abbruch ist jedem Gehilfen ein dem tarifmäßigen Lohn um 10 Prozent übersteigender Verdienst zu garantieren bei regelrecht Arbeit.

Das Angebot der Meister lautet: Die Arbeitszeit ist 54 Std. Dieses Jahr keine Rebnzulage, dagegen 1911 einen Pf., 1912 einen weiteren Pfennig. Dieses Angebot wurde in der Generalversammlung des Gehilfenverbandes einstimmig abgelehnt. Ein Versuch der Unternehmer, ihr Angebot in Gestalt eines Tarifs den Gehilfen zur Unterschrift aufzubringen, scheiterte selbstverständlich. Hierfür wurde alle Gehilfen, die ihre Unterschrift verweigerten, gefündigt. Einige Kollegen wurden sofort ausgeperert. Nun folgte zur Antwort am 12. März die Arbeitsniederlegung.

Schon zwei Tage vorher ersahen eine Schwärze Röhre mit folgendem Aufschrift zu sein:

Randschreiben.

Protokoll der am 9. März 1910 stattgefundenen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Tapezierer-, Möbels- und Dekorations-Gewerbe zu Halle a. S. Laut Beschluß der Generalversammlung vom 3. März d. J. waren die Tarife nicht aufzugeben den einzelnen Geschäftsinhabern, welche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, ausgestellt, um dieselben von den Gehilfen unterschreiben zu lassen und den Gehilfen, welche nicht unterschreiben wollten, die Arbeit zu kündigen. Es haben eine große Anzahl von Gehilfen unterschrieben und bekommen dieselben 1911 und 1912 die von den Arbeitgeber abgebotenen Lohn-erhöhungen. Ferner wurde berichtet, daß nachstehende Gehilfen nicht unterschrieben haben und dieselben gefündigt resp. entlassen worden sind. (Folgen die Namen der Gehilfen).

Von einigen geringen Geschäftsinhabern wurde berichtet, daß sich eine Anzahl älterer, wichtiger Gehilfen, welche keine Verbandsmitglieder sind, gemeldet haben, die eingestellt werden sollen, so daß ein Mangel an Gehilfen nicht besteht. Die von den Gehilfen jetzt nicht unterschriebenen unerfüllten Wünsche wurden einstimmig abgelehnt. Die weiteren Entschlüsse wollen Sie beim Fortschreiten d. Verhand. Halle a. S., Gr. Klausstraße 40, melden.
Arbeitgeberverband für das Tapezierer-, Möbels- und Dekorations-Gewerbe zu Halle a. S.
Trotzdem angeblich die so häufig in Stimmungsstärke arbeitenden Unternehmer die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligen konnten, wurden Gehilfen zu 65 Pf. Stundenlohn gefündigt! Man sieht also, daß die Meister genug verdienen, um mit Zulagen noch weit über die bestehenden Forderungen der Gehilfen hinausgehen zu können.

Einer, der den Polizeifeldzug nicht fürchtet.

Vor der Strafkammer standen am Sonnabend die Studenten Herbert Köhler und Max Seifert, ersterer wegen Verursachung zum Protestmarsch, letzterer wegen Verursachung zum Protestmarsch. In einer Röhre des Dezember d. J. respektive Köhler den Polizeicommissar Jagow, der mit einem Kriminaladjutanten an der unteren Promenade stand, in der steckhaften Weise an. Der respektvolle Student wurde zum heiligen Schöffengericht deshalb wegen Beteiligung zu

100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es wurde in der damaligen Verhandlung festgestellt, daß der Student in Begleitung einer großen Dogge sich mehrmals zwischen die beiden Beamten drängte, ohne daß der Kommissar auf die Anspannung reagierte. Schließlich lag der lächelnde Student mit der Bemerkung: „Guten Sie gehört, ich habe diesen Herrn da dieser genannt.“ ab. Am folgenden Tage überfand er dem in diesem Falle sehr langmütigen Kommissar durch den mitangehenden Schöffengericht eine Botschaft zum Zweifelspunkt im letzten Abende. Als der kaulstige Student die Gerichtsschöffe, der er doch eigentlich der Weisheit sei, auch die der Botschaft durch Wegen Vergehens gegen die §§ 201 und 203 des Strafgesetzbuches (Verursachung zum Zweifelspunkt und Kartellstrafen) beantragte der Staatsanwalt gegen Köhler einen Monat, gegen Seifert zwei Tage Gefängnis. Das Gericht nahm an, daß die Forderung die Folge von Trunkenheit war und verurteilte B. dem Untage gemäß, S. aber zu einer Woche Gefängnis.

Neue Steuerordnung für die Röhre

Der Magistrat hat den Stadtorordneten folgenden Antrag zur Luftfahrsteuerordnung gegeben lassen:
In Gemäßheit der §§ 13, 15, 18 und 82 des Kommunal-Abgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird hierdurch auf Grund des Beschlusses der Stadtorordneten-Versammlung folgender Antrag zu der vorgeschriebenen Steuerordnung erteilt:

Artikel 1.

§ 3 Absatz 2 erhält nachstehenden Zusatz:
Ebenso gelten die in Kinematographentheatern angegebenen Kontroll-Ausweise nicht als Billets im Sinne der Ziffer 1.

Artikel 2.

Nr. 1 in § 5 A Ziffer XVI erhält folgende Fassung:
Für Voranomen, die in der Form eines hier betriebenen stehenden Gewerbes dargeboten werden, für jeden angefangenen Monat und jede Betriebsstätte 0.10 Mk. für Kinematographische, unter derselben Voraussetzung dargebotene Vorstellungen für den Tag und die Betriebsstätte a) in Räumen bis zu 50 Sitzplätzen 0.60 Mk. b) in Räumen mit mehr Sitzplätzen für jede weitere zehn Sitzplätze 0.10 Mk. Bei Belegung der Vorstellstätte mit Musik beginn, mit Vorträgen aus Erosy- und metrischen Instrumenten erhöhen sich die Steuerätze auf a) und b) um die Hälfte und sie verdoppeln sich, wenn zu öffentlichen Vorstellungen ein begleitender Text von Personen gesprochen oder gegeben wird.

Artikel 3.

Dieser Antrag tritt nach Erlangung der zutreffenden Genehmigung am Tage nach seiner Veröffentlichung im amtlichen Verordnungsblatt in Kraft.

In der Begründung zu dieser Vorlage wird auf die Beschwerte der Kinematographenbesitzer gegen die plötzlich durchgeführte Erhöhung einer Tagespauschalsteuer von 5 Mk. Bezug genommen. Diese Veranlagung entpricht den zuletzt geltenden Bestimmungen. Es ist angeordnet, den Kinematographentheatern gegenüber andere Steuergrundlagen anzuwenden, als etwa gegenüber den Voranomen usw. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die jetzigen Steuerätze für Kinematographenwerke zu hoch bleiben. Deshalb erhebe ein Antrag, die Anwendung der Billetssteuer überhaupt aufzukündigen, sowie ferner die jetztgehende Pauschalsteuer nach der Besuchsmöglichkeit der einzelnen Theater und der Ausgestaltung ihrer Vorführungen abzumildern. Gleichzeitig stellt der Magistrat den Stadtorordneten in Erwägung, eine Erstattung der zuletzt erhobenen Steuerbeträge in Aussicht zu nehmen.

Zweifellos geht der Entwurf von richtigen Gesichtspunkten aus. Ob er in den Einzelheiten gerade das Richtige trifft, wird noch sehr der Nachprüfung bedürfen. Gegen die bisherige Steuerbelastung bedeutet der nicht geringe mögliche Satz von 15 Mk. im Monat schon eine Erhöhung um 50 Prozent. Die Steuerumlage kann bei einem Theater mit 200 Sitzplätzen und einer vom Publikum verlangten Ausgestaltung der Vorführung auf 120 Mk. im Monat gesteigert werden, also bis nahe an jenen Satz, der als ungenügend Verdringung empfunden wird. Immerhin ist zu erwarten, daß bei der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes die Stadtorordneten recht bald endgültige Entscheidungen zur Sache treffen.

Dem Deutschnationalen Handlungslehrlingsverband.

Die Gesinnung auf glückliche Tage verleiht die Alte in der Braut- haustroße nicht mehr, seit ihr das Popertchen der „Deutschnationalen“, genannt Hallesche Wacht, die Unterstützung durch Abonnements — verprochen hat. Bekanntlich geschah dies zum Lohne dafür, daß sie sonst so geschmähte Alte den Toten des Verbandsauspflüglers Schach Schwiegen des Verständnis entgegenbrachte.

Danbar widmet sie nun der Verammlung des antihemischen Handlungsgehilfenverbandes die Hälfte der ersten Heilige ihrer Freizugsolution. Wie notwendig es war, den Herrn im voraus Generalabteilung zu erteilen, zeigt dieser Bericht, der natürlich nur geschrieben war, um von demjenigen anzuheben, der die Verammlung nicht beinhalten. So manbete der autologegebene veranlagte Herr Berichterstatter den lebhaften Wunsch, den die Herren Siebel und Timm ernteten, in allgemeinen Widerspruch um. Also deshalb verurteilte Herr Müller (nach dem Bericht der Halleschen Zeitung) mehrfach, seinen beiden Rednern unter dem lebhaften Widerspruch der Verammlung das Wort zu entziehen, um seine Gegner vor der Blamage zu retten? — Um die Blamage ihrer Gegner zu verhindern, hätten es die höchst nervend gewordenen Herren fast zu einer Teutonenschlacht kommen lassen, es von der freien Vereinigung nach Schluß der Verammlung „ihre demagogischen Nachwerke, für die die Druckkosten nicht zu zahlen, und die trotzdem lebhaft begehrte wurden, zur Verteilung brachten? Das hieß der Stamm unentwegter Erbschaft des Deutschnationalen Handlungslehrlingsverbandes, erhebt, anstrengt, um den notwendigen Bedarf zu erzeugen, ist selbstverständlich.

Nach Herrn Beschluß müßten die Privatangelegenheiten die Angliederung der Benennungsveränderung an die Involuntarisierung ausbleiben, weil — die Sozialdemokraten dasbelle wollen. Also und vor allem Sozialistenfäudung, worin D. u. S. schon ungeheure geleistet hat. Ganz genau weiß Herr Beschluß, daß die Kapriolen gewisser Herren, die sich um die Erweiterung der Menschheit ungebührliche Verdienste erworben, den H H Sozi geschadet haben. Damit, daß Herr Beschluß seine Gegner in der freien Vereinigung durchweg als Sozialdemokraten anprangert, hat er unsere Erwartungen von der Wahrheitsliebe eines teuffischen Führers nicht enttäuscht. Offenbar kennt er die freie Vereinigung angegliederten Verbände nicht. Ober hält er die Kunst, leicht zu denken, für eine heilige Sozialdemokratie? Er spricht in demagogischer Weise von seinen Gegnern als Sozialdemokraten, um unheimliche Menschen graulich zu machen. Wir wollen Herrn Beschluß in dem Maßstab seiner Bekanntschaft den rettenden Faden reiden und verweisen ihn auf die Nr. 13. Jahrg. 1908 der Deutschen Handelsmacht, des Organs des D. S. H. Zwei

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Bisthgen.

Unwiderfürlich nur noch Montag und Dienstag

Otto Reutter

und der konkurrenzlose herrliche Spielplan, der alles übertrifft.

Mittwoch nachm. 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu aussergewöhnlich billigen Preisen.
Loge u. I. Rang 0.50, Saal 0.30, II. Rang 0.20, Kinder die Hälfte.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Pöller.

Seute Vorletzter Tag d. gepöblt. Höhe-Programms.

Elefanten.

u. die fibr. Gitter-Nummern.

Räumföhren mit bester Möbelwagen werden angenommen.
G. Weinholz, März 5.

Gewerkschaftskartell Elsterwerda.

Dienstag den 15. d. März: Sitzung bei Heilmann. Der Vorstand. F. A. Franz Mannich.

Stadt-Cheater in Halle a. S.

Direktion: Hofrat M. Richards. 179. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.

Gelegtes Gastspiel des Charakter-Komikers

C. W. Büller.

Novität! Sum 2. Male: Die Scheidungsreise. Schwanf in 3 Akten von Leo Walter Stein. Kassensöffn. 7 Uhr. Anf. 7 1/4 Uhr. Ende vor 10 Uhr.

Mittwoch den 16. März 1910: 180. Abonn.-Vorst. 4. Viertel. Novität! Sum 2. Male: Elm Herbstmanöver. Duerette in 3 Akten von Emmerich Kalman.

Apollo-Theater.

Ab 16.—20. März inklusive: Unwiderfürlich nur 5 tägiges Gastspiel von

Olga Desmond,

die Berühmtheit der „Berliner Schönheits-Abende“.

Am Spätherbst 1908 erreichten in Berlin die Produktionen von Olga Desmond das grösste Aufsehen in den künstlerischen und gesellschaftlichen Kreisen der deutschen Reichshauptstadt.

Eine Vereinigung von Kunstfreunden hatte „Schönheits-Abende“ veranstaltet, in denen Olga Desmond künstlerische Vorträge auftrug. Während nun die Künstlerin der neuen Kunstströmung mit Feuerer für diese eintrat, erhob sich von anderer Seite eine heftige Agitation gegen diese Vorstellungen. Soart im Deutschen Abgeordnetenhaus machte der Zentrum-Abgeordnete Noeren die Angelegenheit Desmond zum Gegenstand einer Debatte, in der er nicht nur die Sache an sich, sondern auch Olga Desmond persönlich angriff. Dieser Anwesenheit machte um nachhaltigeres Aufsehen, als Olga Desmond selbst der damaligen Sitzung auf der Galerie beizuohnte und in einem in allen Blättern publizierten Briefe an den Abgeordneten Noeren gegen seinen Angriff heftig protestierte. Der Abgeordnete Noeren lehnte es wohl ab, seine unter dem Schutze der Immunität gemachten Äußerungen irgendwo zu widerrufen, allein die öffentliche Meinung in Deutschland und im Ausland ergriff die Partei der Publikumshereitern der Künstlerin eine volle Genugtuung für die unangenehmsten Angriffe.

Nach ihrem erfolgreichen Auftreten in Berlin absolvierte die Künstlerin noch Gastspiele in Frankfurt, Leipzig, Nürnberg, Breslau und Wien, überall in glänzender Weise von der Kritik gefeiert.

Trotz der enormen Aufwendungen, welche das Gastspiel Olga Desmond erfordert, sind die Kartenpreise nicht erhöht.

Der Vorverkauf für sämtliche 5 Gastspiel-Abende ist von heute ab im Theaterbureau eröffnet. Da die Nachfrage nach Plätzen bereits sehr stark eingetreten ist, ist die Benutzung des Vorverkaufes dringend anzuraten.

Telephonische Bestellungen unter Nr. 153. Die telephonisch bestellten Billets müssen bis 6 Uhr abends des betreffenden Tages abgeholt sein.

Der Vampyr-Tanz.

Deutsche Eiche,

Bismarckweg 3. Morgen: Dienstag, den 15. März: Großes Schlachtfest von früh 8 Uhr an: Weißfleisch. Abends: dt. Kunst und Suppe. Wirth auch außer dem Hauie. Ergebenst laden ein Max Wunderk und Frau.



Jedes Paar Herren- und Damenstiefel 25 M.

Nou aufgenommen: Marke

la. Goodyear-Well

Jedes Paar Herren- und Damenstiefel 50 M.

Bestor Ersatz für Handarbeit.

Alfred Fränkel Com.-Ges.

HALLE A. S. Gr. Ulrichstr. 17.

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Die solidesten

Schultornister,

Schultaschen, Schülerrappen, Gamaschen, Rucksäcke, Markttaschen, Frühstücksmappen, Brottschen, Damentäschchen, reisende Geschenke, Hosenträger, Brieftaschen, starke Leder-Portemonnaies zu ganz billigen Preisen.

Paul Goldner,

Albert Hermann Nachf., Sattlerei u. Lederwarenfabrik, Leipzigerstr. 67. Grösste Auswahl am Platze.

„Teufin“

und putzen Sie Ihre Schuhe nur mit

Sie erhalten mühelos Spiegelglanz.

Ernst Haeckel

Verkaufsstelle: Preis 1 M. Volksbuchhandlung, Halle a. S.

Metallarbeiter

Mittwoch den 16. März abends 8 1/2 Uhr im grossen Saale des „Volksparks“

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Kleels, Arbeitersekretär, über „Das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in der Arbeiter-Versicherung.“
2. Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband.
3. Verbandangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Verbandsleitung.

Ich hatte Gelegenheit, einen grossen Posten Emaillewaren billig zu kaufen. Wegen noch grösserer Abschlüsse soll das grosse Warenlager schnellstens geräumt werden. Deshalb verkaufe, von 15 bis 20 Pf. an, bedeutend unter Preis. — Beim Einkauf von 5.00 Mk. an ein Geschenk. — Beste und passendste Gelegenheit zu Geschenken und Ausstattungen.

Sämtliche Haus- und Küchengerätschaften, Glas und Porzellan alles zu längst bekannt billigen Preisen bei

Gustav Rost, Eisleben,

Dr. Lutherstr. 28/29.



Das muss gelesen werden!

Verband d. Maler, Filiale Halle a. S.

Dienstag den 15. März 1910 abends 8 1/2 Uhr bei J. Streicher, Kleine Klausstr. 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen im Ortsrat. 2. Bilanzangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Gemeinde-Vertreter-Wahl (3. Abteilung) Diemitz.

Alle Wähler der 3. Abteilung werden zu einer Befragung zu der am 16. März stattfindenden Gemeinde-Vertreter-Wahl am Dienstag, 15. März, abds. 8 1/2 Uhr im Schauf'schen Lokale erscheinlich eingeladen.

Der Einberufer.

Sozialdemokrat. Verein Weissenfels.

Mittwoch d. 16. März abends 8 Uhr im Volkshaus: Grosser Demonstrations-Lichtbilder-Vortrag über: französische und deutsche Revolution oder: Der 18. März.

Es ist Pflicht aller freisinnlich gesinnten Männer und Frauen, zu diesem Vortrag zu erscheinen.

Eintritt 4 Person 15 Pfg.

Der Vorstand.

Lieferung: Fahren Sie an Private! SUPERIOR

ein Rad ohne Tadel

musterhaftes deutsches Erzeugnis von hervorragend schönem Bau, modern, dauerhaft u. am billigsten

Frachtkatalog 300 S. mit Bild über Fahrradzubehör, Nähmaschinen, Kinderwagen etc. gratis

Hans Hartmann Aktien-Gesellschaft Eisenach

Brennstoff-Spiritus (Schnaps)

immer und immer wieder Wundolsteiner Wasser! per Flasche 1.00, 2.00 u. 3.00 M. mit 1/2 Liter „Wundolsteiner Airderi“ in eigener Originalflasche. Kräftigt den Saftboden, reinigt von Schuppen, verhilft bei Gichtausfall und Rheumatismus.

Alpha-Beize 60 Pf., Brennstoff-Gasöl 60 Pf., Pomade 1 M., Alpha-Wisch 2 M., Alpenblumen-Sommerproben-Görne 2 M., Wundolsteiner Schönheits-Zee 4 M., 2.50.

Zu haben in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Geboren: Schneiderstr. Pfingst (Haderborntstraße) 3. Arbeiter Seidenfäher S. Schimmelstr. 16. Lehrer Bräumann S. (Schweizerstr. 9). Buchhändler Vitor S. (Pfeilstr. 10). Gelehrter Führer Zänger T. (Marianenstr. 22). Gelehrter Führer Hertel S. (Ludwigstr. 11).

Geboren: Rothschaffner a. D. (Halle, 23. (Hartenstr. 22). Witwe Schindler geb. Duerfing, 61 J. (Leipzigerstr. 41). Witwe Hertwig geb. Hedrich, 55 Jahre (Hallenstr. 5). Müller Knauth aus Witten, 29 J. (Klein). Bahnwärters Vormann aus Könnern T., 43 J. (Klein).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 11. März.

Aufgehoben: Rudolph Wannenberg u. Helene Schmidt (Heldstr. 33 und Georgstr. 14). Geführt: Zähler Müller und Luise Wagner geb. Heinicke (H. Wallstraße 2).

Geboren: Pastor Lehmann T. (Schlichtstr. 1). Bundungsgehilfen Urban Sohn (Heldstr. 1). Medantiner Jahn S. (Hallenstr. 12). Arbeiter Rienecker S. (Leipzigerstr. 6). Kranenpfeleger Urban T. (Heldstr. 8). Arbeiter Müller S. (Gr. Brunnenstr. 68).

Suchen erziehen:

Wiener März-Zeitung.

— Preis 20 Pfg. —

Zu beziehen durch alle Austräger und bei

Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Herz 24/43.

Der Weg zur Macht

von Karl Kaustly.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Austräger u. die Volksbuchhandlung Herz 42/43.

R. Rast Zeitz

Uhrenhandlung Uhrmacher Beste u. billigste Reparatur-Werkstatt. Stets vorteilhafte Gelegenheits-Käufe I. neuen u. gefragten Herren- u. Damenuhren, m. Garantie.

„Aithwährt“

Futterwürze.

Edle holländische I. Sorten 50 Pf., 10 Sorten 7.50 Markt fr. gen. Radm. K. Thiemann, Halbra.

Haarreinigungsmittel

bestimmt fächer und schnell Oswald'sches Haar- und Gesichtswasser. G. Oswald Nachf., Geifstr. 34.

